:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 9.1.2014 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Remagen, 23.11.2013, Foto: K.R.

Dann fliegt doch!

CSU-Hetze gegen Zuwanderer

Pünktlich zu Beginn des neuen Jahres wartet die bayerische CSU mit einer neuen Stammtischparole auf: „Wer betrügt, der fliegt". Gemeint sind Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, die als freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger nach Deutschland kommen. Da einige von ihnen Sozialleistungen beziehen, unterstellt ihnen die CSU kurzerhand Betrug: Sie kämen schon gar nicht mit der Absicht, hier von ihrer eigenen Arbeit zu leben, sondern um es sich mit Sozialleistungen bequem zu machen.

Die Zahlen, die die Bundesregierung auf Anfrage der Linke-Fraktion im Bundestag dazu veröffentlichen musste, sprechen hingegen eine andere Sprache: Nur ein geringer Teil der neu Zugewanderten ist auf Sozialleistungen angewiesen, auch der angeblich massenhafte Bezug von Kindergeld kann aus diesen Zahlen nicht belegt werden. Es handelt sich also um eine Variation des alten CSU-Klassikers: Wir wollen Zuwanderer, die uns nutzen, und keine, die uns ausnutzen. Auf die Hochqualifizierten aus den beiden EU-Staaten lässt man genausowenig etwas kommen wie auf diejenigen, die in der Landwirtschaft und auf Schlachthöfen unter miesesten Bedingungen ausgebeutet werden. Sie kommen in dieser Debatte schlicht nicht vor.

Im Internet ergoss sich zu Recht Spott über die Parole der CSU. Es wurde zahlreich an die Betrüger in den Reihen der CSU erinnert: Plagiator Guttenberg, Steuerbetrüger Hoeneß, die CSU-Abgeordneten des Landtags, die ihre Verwandten bei sich in Lohn und Brot gebracht haben. Die Liste von Steuerbetrügern, von Profiteuren diverser Amigo-Affären und Waffenschiebereien ließe sich noch um einige prominente Namen fortsetzen. Doch handelt es sich dabei eben um Mitglieder der besseren Kreise und nicht um mittellose Migranten auf der Suche nach einem besseren Leben.

Denn das ist die eigentliche Botschaft der CSU an ihre rechte Wählerklientel, die sie gegen die „Alternative für Deutschland" und andere Rechtsaußen-Truppen im kommenden Europa-Wahlkampf an sich binden will. Die Mobilisierung gegen Armutszuwanderung hat nicht nur eine sozialchauvinistische, sondern eben auch eine klar rassistische Stoßrichtung.

Die Armutsmigranten werden allgemein als Roma identifiziert, die man am Stammtisch hemmungslos „Zigeuner" schimpft und denen man gern auch mal Kinderdiebstahl und andere Verbrechen unterstellt. Gegen den Vorwurf des Rassismus, dem sich Seehofer allgemein ausgesetzt sah, reagierte er ebenfalls mit einer sattsam bekannten Argumentationsfigur: Man müsse die Probleme doch ernst nehmen, die ansonsten Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen seien. Als ob rassistische Ausgrenzung besser würde, wenn sie von waschechten Demokraten betrieben wird

Ulla Jelpke, 03.01.2014:
(erschienen in junge Welt, 3.1.2014)

Aus dem Inhalt:

LMO publiziert Schultze-Rhonhof

Brilon. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LMO) hat zum Jahresende 2013 erneut eine Broschüre mit einem Text des umstrittenen Publizisten Gerd Schultze-Rhonhof herausgegeben. Der auf einem Vortrag basierende Text erscheint unter dem Titel „Danzig und Ostpreußen – zwei Kriegsanlässe" und sei „wissenschaftlich korrekt und politisch unkorrekt", heißt es in einer Rezension der Schrift in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt" vom 21.12.2013. Schultze-Rhonhof setze sich „kritisch mit der gängigen Behauptung auseinander, das nationalsozialistische Deutschland trage die Schuld an der Eskalation der Danziger Frage" und thematisiere angebliche Versuche Hitlers „diese Kriegsursachen zu beseitigen", so der Rezensent. Ein anderes Kapitel übertitelt Schultze-Rhonhof mit „Störfeuer der Westmächte". Den Siegermächten des 1. Weltkriegs wirft er vor, Millionen Deutschen das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten zu haben. Schultze-Rhonhof ist Träger des LMO-Kulturpreises für Wissenschaft. *hma* ■

Sarrazins neues Buch

Berlin. Am 24. Februar 2014 soll ein weiteres Buch von Thilo Sarrazin (SPD) erscheinen.

Das Buch mit dem Titel „Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland" wird bei der Deutschen Verlags-Anstalt (DVA) erscheinen. Sarrazin analysiere darin den grassierenden Meinungskonformismus und benenne die „14 vorherrschenden Denk- und Redeverbote unserer Zeit", heißt es in der Verlagsankündigung. *hma* ■

„Die Rechte" in Rheinland-Pfalz

Bingen. In Bingen wurde am 28. Dezember 2013 der achte Landesverband der Partei „DIE RECHTE" für Rheinland-Pfalz gegründet. Der Landesparteitag befasste sich mit Anträgen u.a. zu „anstehenden Demonstrationen" und mit einer Resolution zum Prozess gegen Angehörige des „Aktionsbüros Mittelrhein". Außerdem wurde ein Landesvorstand ge-

wählt. Landesvorsitzender wurde Oliver Kulik, sein Stellvertreter und zugleich Landes- schatzmeister Michael Idir. Florian Grabowski wurde zum Beisitzer gewählt. *hma* ■

„Shitstorm" gegen Stadtdekan

STUTTGART. Weil er in seiner Weihnachtspredigt eine multireligiöse Weihnachtsfeier einer Stuttgarter Schule vor Kritik in Schutz genommen hatte, wurde der katholische Stadtdekan der Stadt, Christian Hermes, massiv beleidigt und bedroht. Ausgelöst wurde dies durch einen Hetzartikel auf der Internetseite der rassistischen „PI-News" über die Pläne der Stuttgarter Schule. Schule und LehrerInnen wurden daraufhin massiv von Akteuren vom rechten Rand attackiert. Hermes in einem Interview der „Stuttgarter Zeitung": „Ich verurteile diese Diffamierungen von hier lebenden Muslimen, das ist abstoßend und gefährlich. Es handelt sich bei diesen Leuten um einen rechten Sumpf, der im gesamten deutschsprachigen Raum aktiv ist", so Hermes. Und er wolle nun „an die Leiterin das Landesamtes für Verfassungsschutz schreiben und fordern, dass Baden-Württemberg – genauso wie Bayern seit 2012 – die Organisation unter Beobachtung stellt. Das ist nach diesen Vorgängen in Stuttgart notwendig", so Hermes. *hma* ■

Sonnenwend-Feier der Nazis fällt aus

ESCHEDE: Seit Jahren treffen sich Rechtsextremisten auf dem Hof des Landwirts und NPD-Mitglieds Joachim Nahtz in Eschede (Landkreis Celle) zu einer sogenannten Sonnenwend-Feier – eines derjenigen „Brauchtumsfeste", die feste Bestandteile im braunen Jahresplaner sind. In den letzten Jahren fiel dieses Winterfest aus, wegen Kälte, matschigem Boden und aktuell wohl deshalb, weil der verbliebene Hof von Nahtz – immerhin noch 5000 qm – völlig zugestellt ist. Aber dass die Treffen ausfallen liegt sicher auch daran, dass Eschede für die Nazis kein ruhiges Hinterland mehr ist. Und das werten wir als unseren Erfolg, ein Erfolg auf dem wir uns nicht ausruhen können. Wir werden weiter gegen Nazitreffen demonstrieren, auch wenn die Nazis gerade nicht vor Ort sind. Das ist wichtig, damit nicht wieder Ruhe eintritt und sich die Nazis erneut breit machen.

Am 21. Dezember sollte es wieder so weit sein – und wie jedes Mal organisierte das „Netzwerk Südheide" Gegendemonstrationen. Rund 70 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung gegen rechts. Auf dem Hof Nahtz war diesmal allerdings gar nichts los. Nach Angaben der Polizei sei die Feier wegen mangelnder Beteiligung ausgefallen.

http://www.netzwerk-südheide.de ■

Nazi-Angriffe auf Flüchtlingsheime im Jahr 2013 verdoppelt

„Nazis und Rassisten haben im vergangenen Jahr massiv vor Flüchtlingsunterkünften gehetzt und drohen allmählich eine Pogromstimmung heraufzuschwören", warnt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE angesichts der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion zu Protesten und Übergriffen vor Flüchtlingsunterkünften (Drs. 18/203). Jelpke weiter:

„Nach drei Kundgebungen 2012 gab es allein bis Ende November dieses Jahres 18 Aufmärsche vor Flüchtlingsunterkünften. Diese waren keineswegs auf den Bundestagswahlkampf beschränkt, vielmehr fanden die meisten erst im Oktober und November statt.

Ziel von NPD, Pro NRW und Kameradschaften ist dabei ganz klar, die Flüchtlinge einzuschüchtern und die Bevölkerung rassistisch aufzuhetzen.

Deutlich gestiegen ist auch die Zahl rechtsextrem motivierter Delikte, bei denen eine Asylunterkunft Tatort oder Angriffsziel war: Von 24 im Jahr 2012 auf 43 bis Ende November diesen Jahres.

Die Bundesregierung will keine Systematik bei der Mobilisierung gegen Flüchtlingsunterkünfte erkennen können. Das ist schlicht verharmlosend angesichts der Tatsache, dass eine Reihe hochrangiger NPD-Kader regelmäßig bei diesen Aufmärschen als Veranstalter bzw. Redner auftritt. Man darf sich auch nicht in falscher Sicherheit wiegen, dass eine vergleichbare Situation wie zu Beginn der 90er Jahre nicht zu erkennen sei. Denn auch Anfang der 90er hat wohl niemand mit den massiven Angriffen und der Pogromstimmung an Orten wie Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen gerechnet.

Die Bundesregierung selbst geht davon aus, dass das Thema Asylpolitik im kommenden Jahr „zu einem zentralen Aktions- und Wahlkampfthema rechtsextremistischer Parteien werden" könne. Da darf man sich nicht in Beschwichtigung ergehen, sondern muss die Anstrengungen bei der Prävention gegen Rassismus und rechte Gewalt erhöhen. Dazu gehört eine bessere und langfristige Ausstattung der Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, aber auch der Verzicht auf rassistische Stammtischparolen etwa gegen den Zuzug angeblicher Sozialbetrüger."

Ulla Jelpke, MdB; 23.12.2013 ■

Erneute Ladung von Berliner LKA-Beamten vor NSU-Untersuchungsausschuss?

Zu den jüngsten Informationen im Fall des mutmaßlichen Terrorhelfers Thomas S. erklärt Kerstin Köditz, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Untersuchungsausschuss „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen":

Bereits bei der Zeugenvernehmung der beiden Beamten des Berliner Landeskriminalamtes Polizeikommissar Michael Weinreich und Erster Kriminalhauptkommissar Michael Thur blieben ein schaler Beigeschmack ob deren gravierenden Erinnerungslücken und zumindest bei Teilen des Ausschusses Zweifel am Wahrheitsgehalt der Ausführungen der beiden Polizisten aus dem Bereich Staatsschutz.

Die jüngsten Informationen des Berliner Polizeipräsidenten Kandt an den Untersuchungsausschuss verstärken diesen Eindruck. Demnach waren die beiden Zeugen, neben weiteren Berliner Polizeibeamten, entgegen ihren bisherigen Aussagen sehr wohl in Zusammenhang mit dem LKA-Spitzel Thomas S. („VP 562") tätig und standen dazu auch mit sächsischen Behörden in unmittelbarem Kontakt. Besonders Michael Thur hatte im Gegensatz dazu mehrfach auf Fragen beteuert, er kenne grundsätzlich keinerlei Identitäten von V-Leuten und habe an den fraglichen Thomas S. keine konkrete Erinnerung. Er betonte vor dem Ausschuss gleichzeitig, dieser wäre ihm sicherlich erinnerlich, wenn er eine zentrale Rolle gespielt hätte.

Der Untersuchungsausschuss wird in seiner Sitzung am Donnerstag zu entscheiden haben, auf welche Weise er die eklatanten Widersprüche aufzuklären gedenkt. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht dabei von einer neuerlichen Ladung der Zeugen Weinreich und Thur, über die Ladung der weiteren Berliner Polizeibeamten, die damals mit dem Fall Thomas S. befasst waren, bis hin zur Prüfung, eine Strafanzeige wegen Verdachts der uneidlichen Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuss zu erarbeiten.

PM Kerstin Köditz, MdL DIE LINKE ■

Neue Bundesregierung muss sich NPD-Verbotsantrag offiziell anschließen

„Anstatt die Fortschreibung der Materialsammlung während des NPD-Verbotsverfahrens der Federführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz anzuvertrauen, sollte die neue Bundesregierung den Verbotsantrag der Länder auch offiziell unterstützen", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Antwort der Bun-

Fortsetzung Seite 4

Totgesagt hat man die NPD schon oft



Kerstin Köditz sieht neofaschistische Partei in virulenter Krise. Dies ist aber kein Grund zur Entwarnung. Ein Gespräch mit Kerstin Köditz

Kerstin Köditz ist Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im sächsischen Landtag

Holger Apfel, bisher NPD-Bundesvorsitzender und Fraktionschef der neofaschistischen Partei im sächsischen Parlament, hat vor wenigen Tagen alle Ämter niedergelegt und ist am 24. Dezember auch aus der Partei ausgetreten. Hatten Sie im Vorfeld Hinweise auf Flügelkämpfe bei der sächsischen NPD bzw. in deren Landtagsfraktion?

Schon etliche Tage vorher hatten die Spatzen von den Dächern gesungen, dass Apfels Sturz unmittelbar bevorstehe. Als er dann während einerlaufenden Plenarsitzung den Landtag verließ, war klar, daß der Zeitpunkt gekommen war. Seit Monaten hatte es immer wieder Gerüchte, offenbar aus „Kameradenkreisen" gestreut, über eine angebliche Homosexualität Apfels gegeben.

Hinter seinem Sturz stehen natürlich handfeste Auseinandersetzungen um den Kurs der NPD, Machtinteressen einzelner Funktionäre und der Kampf um Posten und Listenplätze. Für alle, die sich dafür in Stellung bringen wollten, war jetzt die letzte Gelegenheit, um eine aussichtsreiche Position für die Landtagwahl am 31. August 2014 zu erringen.

Apfel selbst ging übrigens auch nicht zimperlich zu Werke. So wird ab Januar der stellvertretende Parteivorsitzende Karl Richter als Chefredakteur des Parteiorgans Deutsche Stimme durch den journalistisch völlig unbedarften Apfel-Vertrauten Peter Schreiber abgelöst. Auch Sigrid Schüßler, wie Richter erklärte Apfel-Gegnerin, scheidet aus der Redaktion aus. Letztlich war Apfel sogar im Parteipräsidium, das auf seinen Wunsch erheblich gestärkt worden ist, von Gegnern umzingelt. Von Gegnern, die einst seine Verbündeten waren. Und von außen stänkerte unaufhörlich sein Vorgänger Udo Voigt, dabei taktisch geschickt immer die Notwendigkeit der Einheit der Partei betonend.

Apfel wurde unter anderem bezichtigt, vor einigen Monaten einen anderen Neonazi sexuell belästigt zu haben. Halten Sie die erhobenen Vorwürfe für glaubwürdig?

Offen gestanden ist mir die sexuelle Orientierung anderer Menschen egal. Auch die von Neonazis. Sollte ein Fall von sexueller Nötigung vorliegen, dann muss der Betroffene Strafantrag stellen. Das ist meines Wissens bis heute –mehrere Monate danach – nicht geschehen. Angeblich soll es auch einen weiteren Fall geben, der noch weiter zurückliegt. Die Frage, warum diese Fälle aus der Partei heraus gerade jetzt publik gemacht werden, drängt sich natürlich auf. Der Hamburger Neonazi Thorsten de Vries, keineswegs ein Freund Apfels, urteilt, der ganze Fall Apfel sei „an Hinterfotzigkeit und Doppelmoral nicht zu überbieten".

Jeder aus dem Milieu weiß natürlich, dass kein anderer Vorwurf in diesen Kreisen so tödlich wirkt wie der, homosexuell zu sein. Auf der Facebook-Seite „Solidarität mit Holger Apfel" finden sich folglich nicht einmal 100 Unterstützer, dafür von einem Nutzer die Aufforderung „Geh sterben!". Die „Vernehmung" Apfels ist von Fraktionsmitarbeiter Maik Scheffler durchgeführt worden. Das angebliche Opfer stammt aus dessen Umfeld. Und es ist bekannt, dass der stellvertretende Landesvorsitzende Scheffler einen sicheren Listenplatz bei der Landtagswahl möchte.

Welche Rolle spielt Holger Szymanski, der früher für den sächsischen Verfassungsschutz gespitzelt haben soll und derzeit sächsischer NPD-Landesvorsitzender ist, in den Auseinandersetzungen?

Szymanski galt als treuer Gefolgsmann Apfels. Mit seinem Charisma eines Finanzbuchhalters hätte er es ohne Apfel nie zum Landesvorsitzenden gebracht. Wenn der gleiche Szymanski jetzt von „menschlicher Enttäuschung" spricht, ist das pure Heuchelei. Denn gleichzeitig hat er Apfel zur Mandatsabgabe aufgefordert, um „den Weg für die notwendige personelle Neuaufstellung" zu ebnen. Nach dem fast 80jährigen Helmut Herrmann folgt nämlich er selbst auf der Nachrückerliste.

NPD-Gegner gehen davon aus, dass sich die neofaschistische Partei noch vor dem Start eines Verbotsprozesses in Karlsruhe selbst zerlegt hat. Sie teilen diese Einschätzung nicht?

Nein. Der Abgang Apfels ist Ausdruck einer bereits länger virulenten Krise der NPD. Mehr nicht. Es gilt nach wie vor: Angeschlagene Boxer sind besonders gefährlich. Gerade in den letzten Wochen ist hier in Sachsen deutlich geworden, dass die NPD noch immer kampagnenfähig ist und sogar wieder Neumitglieder gewinnt. Das Ausmaß der durch sie betriebenen rassistischen Mobilisierung in zahlreichen Orten hat viele Beobachter überrascht. Rassismus ist das Kernthema der NPD. Nutzt sie das in der verbleibenden Zeit geschickt, dann ist sogar ein erneuter Einzug in den Landtag nicht ausgeschlossen. Totgesagt hat man die NPD schon oft.

Interview: Markus Bernhardt ■

Chaostage in der AfD

Statt der mit Spannung erwarteten Beschäftigung mit ihrer Programmatik wartet die Alternative für Deutschland (AfD) weiterhin mit innerparteilichen Streitereien auf. Daher hier nur kurz das Neueste:

In Niedersachsen und Baden-Württemberg müssen die Landesparteitage wegen Formfehlern wiederholt werden. Sie dienen der Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag.

Im Landesverband Hessen wurden der gerade erst gewählte Schatzmeister und einer der drei Vorsitzenden vom Bundesvorstand abgesetzt. Der eine wegen antidemokratischer und antisemitischer Äußerungen, der andere, weil er seinen Doktortitel nicht nachweisen konnte und Parteiinterna an die Öffentlichkeit trug.

Des Weiteren traten drei führende Mitglieder ostdeutscher Landesverbände aus der Partei aus. Die Vorsitzenden Brandenburgs und Sachsen-Anhalts sowie ein Stellvertretender Vorsitzender Mecklenburg-Vorpommerns hatten sich gegen den Willen des Bundesvorstands mit dem rechtspopulistischen Bündnis Zukunft Österreichs getroffen. Der Bundesvorstand watschte sie dafür öffentlich ab.

Neben etlichen anderen traten auch zwei Beisitzer des Bundesvorstands aus der Partei aus. Wolf-Joachim Schünemann und Irina Smirnova beklagen einen autoritären Führungsstil der drei Bundessprecher. Smirnova: „Der Rest vom Vorstand hatte und hat … nur Alibifunktionen."

F ■

desregierung auf die Kleine Anfrage „Unterstützung der Bundesregierung für den NPD-Verbotsantrag“ (BT-Drucksache 18/135). Jelpke weiter:

„Offenbar will die Bundesregierung so die größtmögliche politische Kontrolle über das Verfahren haben, ohne zugleich die politische Verantwortung zu übernehmen. Eine solche Vorgehensweise erscheint mir unlauter. Die neue Bundesregierung sollte sich endlich dazu entschließen, den Verbotsantrag der Länder auch offiziell zu unterstützen. Das wäre ein klares Signal zur Ächtung der faschistischen NPD.

Von der SPD erwarte ich, dass sie bei ihrer Forderung nach Beteiligung des Deutschen Bundestages am NPD-Verbotsverfahren bleibt. Die Unterstützung der Linksfraktion dafür hätte sie.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Wer wird Mumia Abu-Jamal zur Freiheit verhelfen?



In diesem Jahr werden noch etliche russische Gefangene Weihnachten zuhause verbringen können – eine humanitäre Offensive der Regierung rechtzeitig vor den Olympischen Winterspielen schenkt vielen die Freiheit: Kreml-Kritiker*innen, Greenpeace Aktivist*innen, oppositionelle Oligarchen u. v. a. m. Der ehemalige Außenminister Hans Dietrich Genscher soll die Fäden gezogen haben.

Das Bundesweite Free Mumia Netzwerk wirft dabei umso drängender die Frage auf: Wer macht den „Genschman“ für Mumia Abu-Jamal? Wäre das dann der ehemalige Innenminister Gerhart Baum, der sich schon einmal gegen die drohende Hinrichtung des afroamerikanischen Journalisten und für ein neues faires Verfahren ausgesprochen hatte? Nun, vor zwei Jahren wurde endlich die Absetzung von Abu-Jamals Todesstrafe höchstrichterlich bestätigt. Auf ein faires Verfahren wartet der afroamerikanische Journalist jedoch seit 32 Jahren vergeblich, obwohl viele neue Beweise für seine Unschuld sprechen…

Mumia Abu-Jamal hat mittlerweile 7 Bücher und Tausende von Zeitungskolumnen geschrieben, und sein Blick auf den Strafvollzug in den USA relativiert den einseitigen Fokus auf Strafgefangene in Russland deutlich: immerhin sind laut UN 25 % aller weltweit Inhaftierten in Gefängnissen der USA. Dort jedoch gibt es keine „humanitäre Offensiven“.

Im Gegenteil: als im Oktober der Black-Panther-Aktivist Herman Wallace nach 41 Jahren Haft aus dem Hochsicherheitstrakt getragen werden musste, hatte er nur noch 3 Tage zu leben. Auch die Rechtsanwältin Lynne Stewart, seit mehreren Jahren mit fragwürdiger Begründung inhaftiert, darf an Weihnachten nicht nach Hause, obwohl dies wegen ihrer Krebserkrankung vermutlich ihr letztes Fest sein wird.

Hinter der glatten Fassade der Obama-Administration offenbaren sich längst (nicht zuletzt dank der Enthüllungen von Chelsea Manning und Edward Snowden) ein Geflecht von Geheimdiensten, Geheimgerichten und Geheimgefängnissen, Folter und Unrecht und ein gigantischer gefängnis-industrieller Komplex, mit dem börsennotierte Strafkonzerne mit Gefangenen Gewinne machen, die sie für Hungerlöhne schuften lassen: moderne Sklaverei unter anderem Namen.

Im Januar werden wir Jamal Hart, Mumia Abu-Jamals ältesten Sohn, auf verschiedenen Veranstaltungen in Berlin, Frankfurt/M und Heidelberg empfangen können. In Berlin wird Jamal Hart sich auch an den deutschen Bundestag wenden.

Dort wird er fragen: Werdet ihr meinem Vater helfen?

PM Bundesweites Netzwerk gegen die Todesstrafe – Freiheit für Mumia Abu-Jamal www.freiheit-fuer-mumia.de ■

Keine Verschärfung des Terrorparagraphen durch die EU-Hintertür

„Für eine Verschärfung des Terrorismusparagraphen 129 a durch eine Erweiterung des darin enthaltenen Vereinigungsbegriffs besteht selbst nach Ansicht der Bundesregierung keine Notwendigkeit. Diesbezügliche Vorstöße des Innenministeriums sind allein dem Wunsch nach noch umfassenderen Überwachungsinstrumentarien geschuldet“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Erweiterung des Vereinigungsbegriffs in den §§ 129 und 129a des Strafgesetzbuchs aufgrund des Rahmenbeschlusses in der Europäischen Union zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität“ (Drs. 18/114). Die Abgeordnete weiter:

„In regelmäßigen Abständen kommt aus dem Unions-geführten Bundesinnenministerium die Forderung nach einer Erweiterung der Strafrechtsparagraphen 129 (kriminelle Vereinigung) und 129a (terroristische Vereinigung). Nach der bisherigen Auslegung des Bundesgerichtshofes (BGH) ist für das Vorliegen einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung die Bildung eines Gemeinschaftswillens erforderlich. Dagegen sehen EU-Rahmenbeschlüsse zur organisierten Kriminalität und Terrorismusbekämpfung die Unterordnung der Mitglieder unter einen Gemeinschafts- oder Gruppenwillen für das Vorliegen einer terroristischen oder kriminellen Vereinigung nicht als notwendig an. Aus dem Bundesinnenministerium hieß es daher, der Vereinigungsbegriff in den Paragraphen 129 und 129a StGB müsse europarechtskonform erweitert werden.

EU-Rahmenbeschlüsse seien zwar hinsichtlich ihrer Ziele verbindlich, den Mitgliedstaaten ist jedoch die Wahl der Form und der Mittel überlassen. „Damit ist die Übernahme von Definitionen nicht zwingend geboten“, stellt die Bundesregierung klar. Zudem habe es weder diesbezügliche Ermahnungen durch europäischen Behörden oder Institutionen gegeben. Noch seien andere Staaten oder Behörden fremder Staaten deswegen an die Bundesregierung herangetreten.

Weiterhin wurde aus dem Innenministerium behauptet, die enge Vereinigungsdefinition durch den BGH habe dazu geführt, dass „in der Regel“ streng hierarchisch strukturierte terroristische und mafiöse Gruppierungen nicht nach diesen Paragraphen verurteilt werden könnten. Ihr sei „kein konkreter Fall bekannt, bei dem eine in Deutschland agierende terroristische Gruppierung letztlich nicht unter den Begriff der terroristischen Vereinigung (§129a, § 129 StGB) gefassten werden konnte“, verweist die Bundesregierung diese Darstellung zumindest bezüglich der „terroristischen Vereinigung“ in das Reich der Legenden.

2009 hatte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (Drs.16/12346) der LINKEN erklärt, sie sehe keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf bezüglich des Vereinigungsbegriffs im Paragraphen 129. Nun prüft die Bundesregierung diese Frage im Hinblick auf die neueren Entscheidungen des BGH zum Vereinigungsbegriff. Akuter Handlungsbedarf liegt also auch hier nicht vor.

Statt über eine Ausweitung der Terrorparagraphen durch die Hintertür des europäischen Rechts zu sinnieren, wäre es aus bürgerrechtlicher Sicht vielmehr angebracht, diese Schnüffel- und Gesinnungsparagraphen als Fremdkörper in einem Rechtsstaat ersatzlos zu streichen.“

Anfrage und Antwort: www.ulla-jelpke.de *Ulla Jelpke, MdB Fraktion DIE LINKE.* ■

Die Repression in Spanien gegen antifaschistische Proteste nimmt zu

#CAZADEBRUJAS. Das Hashtag machte am 28. November unter spanischen Usern die Runde, in der radikalen linken Zeitung „Diagonal" läuft die Berichterstattung über eine Verhaftungswelle seitens der Aufstandsbekämpfungseinheit der Nationalpolizei unter diesem Stichwort: Hexenjagd. 19 bekannte aktive Linke wurden an diesem Tag in besetzten Häusern, in der elterlichen Wohnung oder auf der Arbeit in Madrid verhaftet. Die Vertreterin der Regierung in der Region, Cristina Cifuentes, twitterte während die Verhaftungen noch liefen: „Die Polizei hat 14 Personen der extremen Linken, Teilnehmer des Angriffs auf die Rechtsfakultät am 20. November, festgenommen". Später erklärte sie noch, die Verhafteten seien vorbestrafte und polizeibekannte „mutmaßliche Verbrecher".

Im Internetportal der konservativen Zeitung ABC wurden die Verhafteten bald darauf in einem Film präsentiert: mit gut erkennbaren Gesichtern war zu sehen, wie sie durch ein Polizeispalier gehen mussten.

Gloria García Molina, Mutter eines Verhafteten, empörte sich in einem von der IC, „Kastillischen Linken" Anfang Dezember veröffentlichten Brief: „Wo bleibt denn da die Unschuldsvermutung?" Eine Demonstration vor der Polizeistation in Morataluz, wo die Verhafteten verhört wurden, wurde von der Aufstandsbekämpfungsbrigade der Nationalpolizei rabiat aufgelöst, berichtete die besorgte Mutter, und stellte fest: „Was bleibt den Jugendlichen? Die Arbeitslosigkeit, Emigrieren, Betteln, Studiern für nichts", so Gloria García Molina: „Und wenn sie protestieren, werden sie verhaftet, geschlagen, beleidigt, bestraft?"

Cristina Cifuentes erklärte umgehend, die Kundgebung vor der Polizeistation sei nicht angemeldet gewesen, es sei im Internet von „ultraizquierdistas" und „antisistemas" aufgerufen worden – ein klarer Fall für die Polizeibrigade, die für Terrorismus und gewalttätige Gruppierungen zustandig sei. Bei der Auflösung der Kundgebung kam es zu 11 weiteren Festnahmen, wegen Widerstand und angeblichen Angriffen auf Polizisten. Am nächsten Tag wurden alle verhafteten unter Auflagen freigelassen.

Cifuentes betonte, die 19 bei der Razzia Verhafteten werden beschuldigt, Schäden und Verletzungen verursacht zu haben und Vergehen gegen die Wahrnehmung fundamentaler Rechte und Freiheiten begangen zu haben, erschwerend haben sie aus Hass gehandelt".

Die bei der Razzia Verhafteten sind allesamt bekannte Aktive aus antifaschistischen und radikalen linken Gruppen: Mitglieder der Libertären Jugend, Anarchosyndikalisten der Gewerkschaft CNT, Mitglieder von der IC und den Bukaneros. Die Bukaneros sind eine bekannte, große Fußballfangruppe des spanischen Erstligisten Rayo Vallecano.

Die Regierungsvertreterin und die Polizei legten mi Dezember ein paar Behauptungen über die vermeintliche Gefährlichkeit nach. Insbesondere, nachdem die Familienangehörigen eines bekannten verhafteten Bukaneros erklärt hatten, dieser sei weder „gefährlich" noch „gewalttätig" und könne im Übrigen die ihm vorgeworfenen Taten nicht begangen haben, weil er sich zur fraglichen Zeit auf einer Familienfeier befunden habe.

Cifuentes liess sich daraufhin über einige „Elemente" bei den Bukaneros aus: „Es gibt eine kleine Gruppe, die enge Verbindungen zu radikalen Gruppen der Ultralinken hat, die mit dem abertzalen Umfeld und der Kastilischen Linken zu tun haben". Abertzales Umfeld, damit meint sie militante ETA-nahestehende BaskInnen. Die Ultralinken würden im Übrigen ständig gewaltätig auf die Polizei und Andersdenkende losgehen.

So soll es, laut Polizei, Cifuentes und dem Foro Universitario Francisco de Vitoria, auch am 20. November gewesen sein. Am Todestag des großen Führers der spanischen Faschisten und Diktators Francisco Franco werden jährlich Kundgebungen zum ehrenden Andenken an ihn durchgeführt. So auch in diesem Jahr. Aber die Förderation anarchistischer Jugendlicher drehte den Spieß um und rief für den 20. 11. zu einer Demonstration „gegen die Faschismen und das Kapital" auf. Im Aufruf wird betont, dass Spaniens autoritäre Herrschaft Elemente faschistischer Herrschaft beinhalte, jede autoritäre Herrschaft, jeder Staat bekämpft werden müsse – und dem verstärkten Auftreten von neofaschistischen Gruppen wie „Respuesta Estudiantil" oder der „Liga Joven" entschieden entgegengetreten werden müsse.

Die Demonstration endete auf dem Campus der Universität Complutense in Madrid, vor der Juristischen Fakultät. Eine kleine Gruppe von etwa 40 Aktiven ging – für die Polizei überraschend – maskiert in die Rechtsfakultät zum Büro des Foro Universitario Francisco de Vitoria. Dort wurden ein paar Tische umgeworfen, ein Monitor landete auf dem Boden. Niemand wurde bei der kurzen Aktion verhaftet oder identifiziert. Fünf Mitglieder des Foro erklärten hinterher, sie seien angegriffen und verletzt worden. Der eine erklärte, jemand sei mit dem Feuerlöscher auf ihn losgegangen, der Sprecher des Foro, Marcos Gambra, stellte das Ganze als paramilitärischen Angriff eines mit Motorradhelmen und Baseballschlägern ausgerüsteten Schlägertrupp dar. Er wisse gar nicht, warum sie angegriffen worden seien, sie seien zwar konservativ, aber moderat.

In den großen Medien des Landes war die Aufregung groß über den Angriff auf die Meinungsfreiheit und die universitäre Lehre. Übersehen wurde dabei gerne, warum das Büro des Foro attackiert wurde. An der Rechtsfakultät gibt es nur eine nichtrechte Studierendengruppe, die UEP-ei, Vereinigung linker Studierender. Die hatte im November 2010 vorgeschlagen, die katholische Kapelle an der Fakultät zu schließen. Das Foro reagierte mit einem Transparent, dass im Foyer aufgehängt wurde, auf dem stand: „Jetzt zeigt sich wieder dass die Roten Spinner sind (weg mit ihnen!!) So sehr sie sich auch aufregen, heute, wie 1939, werden wir gewinnen und die Kapelle wird bleiben!!" In den folgenden Monaten wurden die Aktiven der UEP-ei massiv bedroht, einzelne niedergeschlagen.

Das Foro hat sich nicht nur dieses eine Mal positiv auf den Sieg Francos über die spanische Republik bezogen: Im Mai veranstaltete das Foro eine große Konferenz, auf der bekannte Geschichtsrevisionisten wie Ángel David Martín Rubio o Pío Moa die Verbrechen des Francoregimes mi Bürgerkrieg und danach zu „Mythen" erklärten und leugneten. Das Gedenken der Opferverbände des Bürgerkriegs sei ein großer Betrug.

Dass auch mal Vertreter der neofaschistischen Jugendorganisation „Respuesta Estudiantil" beim Foro auftraten, verwundert da nicht mehr. Bezeichnend aber, dass sich Francoanhänger in der breiten Öffentlichkeit als Opfer antifaschistischer Linker inszenieren können, ohne dass ihr eigenes Agieren hinterfragt wird. Während antifaschistische Linke kriminalisiert werden. Auch willkürlich, wie jetzt Ende November, als die Aufstandsbekämpfungseinheiten offensichtlich einfach in ihre Datei schauten nach bekannten AktivistInnen der an der Demo vom 20. November beteiligten Organisationen. So kamen die Verhaftungen zustande, ohne konkreten Verdacht. Reine Einschüchterung, Repression gegen Andersdenkende, gegen AntifaschistInnen.

Gaston Kirsche ■

Streit beim Front National:

Änderung von Parteisymbol und/oder -namen beim nächsten Kongress? Jean-Marie Le Pen stellt sich quer

Generationenkonflikt oder politischer Richtungskampf? Die genaue Natur des Zwists ist nicht ausgemacht. Hingegen dürfte feststehen, dass es sich nicht um Komplimente handelte, als Jean-Marie Le Pen am 27. Dezember 2013 eine Idee, die seine Tochter Marine zuvor als „nicht tabu" und also bedenkenswert bezeichnet hatte, kommentierte. Die Vorstellung, auf ihrem nächsten Kongress – er wird im Oktober 2014 stattfinden – könnte ihre gemeinsame Partei sich umbenennen und ihren bisherigen Namen Front National (FN) aufgeben, verleitete Jean-Marie Le Pen zu wütenden Bezeichnungen. Er bezeichnete diese in einer seiner wöchentlichen Videobotschaften, die wie üblich auf der Webseite der Partei veröffentlicht wurde, als „absolut debil", „skandalös", „unanständig" und „undenkbar". Schließlich seien so viele „Opfer" in der mittlerweile 41jährigen Geschichte des FN für diese Partei, unter ihrem „ehrbaren" (bisherigen) Namen, erbracht worden.

Der 15. Parteitag in ihrer Geschichte wird in rund drei Vierteljahren, nach den französischen Kommunalwahlen – die in allen Städten und Gemeinden des Landes am 23. und 30. März stattfinden – und den Europaparlamentswahlen von Ende Mai kommenden Jahres, eröffnet werden. Am 1. Dezember 2013 hatte Louis Aliot, Vizevorsitzender der Partei und Lebensgefährte ihrer Chefin Marine Le Pen, in diesem Zusammenhang laut über eine eventuelle Namensänderung nachgedacht. Auch über eine Abänderung ihres bisherigen Wahrzeichens solle die rechtsextreme Partei nachdenken, regten einige der jüngeren Modernisierer in der Führung an. Zu ihnen zählt neben Aliot (44) etwa auch der andere Vizepräsident des FN, Florian Philippot (32).

Aus ihrer Umgebung verlautbarte, man könnte das bisherige Parteisymbol, eine züngelnde Flamme in den drei Nationalfarben blau, weiß und rot, durch eine Abwandlung des als Croix lorraine (Lothringer Kreuz) bekannten doppelbalkigen Kreuzes ersetzen – Florian Philippot jedenfalls benutzt ein solches Symbol für seinen Kommunalwahlkampf. Er tritt im März 2014 zur Rathauswahl in Forbach, in der Region Lothringen, an.

Der Austausch hätte eine hohe symbolische Bedeutung. Die Flamme übernahm der Front National bei seiner Gründung im Jahr 1972 von der italienischen neofaschistischen Partei MSI – und bei deren Gründung im Dezember 1946 symbolisierte das Symbol, in Italien in grünweiß-rot, ursprünglich „die aus dem Sarg Benito Mussolinis emporsteigende Seele". Hingegen diente das „lothringische Kreuz" im und nach dem Zweiten Weltkrieg den Gaullisten als Erkennungszeichen. Nun war die gaullistische Bewegung zwar konservativ und pochte auf den Wert der nationalen Unabhängigkeit, war jedoch ebenfalls klar antifaschistisch geprägt. Dass die rechtsextreme Partei oder Teile von ihr nun in Erwägung zogen, ein abgewandeltes Symbol dieser politischen Strömung zu verwenden, bedeutet freilich nicht ihre „Bekehrung" zu antifaschistischen Grundsätzen. Eher im Gegenteil. Einmal mehr dreht sich alles darum, anderen politischen Kräften ihre Deutungshoheit über die Geschichte zu nehmen, sie ihrer Symbolik zu berauben und dadurch den Anspruch zu erheben, die rechtsextreme Partei umgreife „das gesamte Erbe der Nation". Bei der Europaparlementswahl von 1999 etwa hatte der FN zuerst Plakate mit dem Konterfei des historischen Sozialistenführers Jean Jaurès und einem Zitat von ihm verklebt, welche jedoch für die extreme Rechte werben sollten – Jaurès, ein scharfzüngiger Kritiker des Chauvinismus vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, würde sich wohl im Grabe herumdrehen – und dann einen Kandidaten namens Charles de Gaulle auf den Listenplatz Nummer Zwei gestellt. Es handelte sich um einen Enkel seines berühmten Namensvetter, der auf politischen Abwegen unterwegs war.

Am 9. November 2013 nahm Florian Philippot in Colombey-les-deux-Eglises, dem ebenfalls in Lothringen gelegenen Geburtsort von de Gaulle – des Großvaters – an den Gedenkfeiern zu dessen 43. Todestag teilgenommen. Bereits ein Jahr zuvor hatte er sich ihnen, mehr oder weniger diskret bleibend, angeschlossen. In diesem Jahr kam es dabei jedoch zu deutlichem Widerspruch. Konservative mit gaullistischem Hintergrund, wie der frühere Parlamentspräsident Bernard Accoyer, protestierten und verwiesen Philippot darauf, seine Partei stehe eher in einer Kontinuitätsliste mit dem Marschall Philippe Pétain als mit Charles de Gaulle, der jenen während der Besatzungszeit bekämpfte. Marine Le Pen erklärte in einer Replik darauf, würde der historische de Gaulle heute leben, dann wäre er angeblich auch beim Front National, weil die übrigen Parteien außer ihm das Ziel der nationalen Unabhängigkeit aufgegeben hätten.

Aber die Umbennungspläne und die Absichten zum Auswechseln des Parteisymbols stießen auch auf heftige Widerstände innerhalb der eigenen Partei. Ihnen hat nun der Parteigründer und – noch immer – „Ehrenvorsitzende auf Lebenszeit" des FN, Jean-Marie Le Pen, mit seinen Worten von Ende Dezember 13 eine prominente Stimme verliehen. Viele Parteifunktionäre monierten einen Werteverfall ihrer „Bewegung", den drohenden Verrat an Prinzipien und die Aufgabe der eigenen Identität. Marine Le Pen hatte sich zunächst auf diplomatische Weise positioniert, mit ihrer Stellungnahme, es gebe kein Tabu. Inzwischen hat sie jedoch erklärt, Pläne zum Wechsel des Parteinamens stünden nicht auf der Tagesordnung. Auch ihr junger Vizepräsident Philippot ruderte inzwischen zurück. Bei einem Auftritt im Sender BFM TV am 30. Dezember 2013 erklärte er, „Gerüchte" über eine Umbenennung entbehrten derzeit jeder Grundlage: „Dies ist nicht aktuell."

Aus demselben Anlass erklärte Philippot, wenn der FN bei den Europaparlamentswahlen am 25. Mai 2014 stärkste Partei in Frankreich werde, dann fordere er eine Auflösung des derzeitigen Parlaments und vorgezogene Neuwahlen zur Nationalversammlung. Denn in diesem Falle hätte die französische Bevölkerung „dem bisherigen Europaprojekt der Altparteien eine klare Absage erteilt". Dass der Front National am Abend des 25.5.2014 möglicherweise unter den französischen politischen Parteien auf dem ersten Platz landet, kann tatsächlich nicht ausgeschlossen werden. Im Oktober erschien jedenfalls eine Umfrage in der Wochenzeitschrift Le Nouvel Observateur zur Europawahl, die den FN mit 24 Prozent als stärkste Partei abschneiden sah. Seither sind keine neuen aufsehenerregenden Umfragen zu dieser Wahl erschienen.

Der FN tritt zu ihr im Bündnis mit einem halben Dutzend weiteren, rechtsextremen Parteien an. Am 15. November 2013 hatten sechs Parteien aus diesem Spektrum in Wien ein Bündnis geschlossen und sich dabei zum erklärten Ziel gesetzt, nach Christ- und Sozialdemokraten zur drittstärksten Kraft im kommenden Europaparlament zu werden. Zu ihnen zählen die österreichische FPÖ, der französische FN, der Vlaams Belang aus Belgien, die Lega Nord aus Italien, die „Schwedendemokraten" (SD) sowie eine slowakische nationalistische Formation. Zwei Tage zuvor, am 13.11.2013, hatte Marine Le Pen in Den Haag den niederländischen „Islamkritiker" und Rassisten Geert Wilders von der „Partei für die Freiheit" (PVV) getroffen. Auch er möchte mit dem FN in einer Allianz antreten. Wilders forderte bei einer gemeinsamen Pres-

Einen Knödel im Hirn? Schlimmer!

Der französische Antisemit „Dieudonné" macht erneut auf sich aufmerksam

Er ist seit Jahren der aggressivste öffentlich auftretende Antisemit in Frankreich. Nun möchte er sich hinter dem angeblichen „Recht auf Humor" verschanzen. Am 19. Dezember 2013 wurde bekannt, dass der unter seinem Vornamen als Künstlernamen bekannt gewordene Theatermacher „Dieudonné" bei einer Aufführung über den prominenten Radiojournalisten Patrick Cohen äußerte: „Wenn der Wind sich dreht, weiß ich nicht, ob er genug Zeit haben wird, um die Koffer zu packen. (…) Wenn ich ihn reden höre, Patrick Cohen, siehst Du, dann sage ich mir: Die Gaskammern… Schade…" Die Zuschauer/innen sollten den Satz wohl für sich ergänzen. Sein Anwalt Jacques Verdier behauptet jedoch, man müsse „den Kontext sehen: ein Spektakel, wo die Leute lachen", und dazu gehöre auch „Überzogenes, Ungeheuerliches oder Absurdes". Antisemitismus liege seinem Mandanten angeblich fern. Letzterer wurde allerdings seit 2006 insgesamt sechsmal in Frankreich und einmal in Kanada wegen antisemitisch motivierter Aussprüche verurteilt.

Zwischen Weihnachten 2013 und Anfang Januar 2014 schwoll die Polemik über diese Äußerungen an. Die Sendeanstalt Radio France, wo Cohen arbeitet, hatte Strafanzeige erstattet. Nachdem Innenminister Manuel Valls erklärte, die ihm untergebenen Präfekten sollten allerorten die Verbotsmöglichkeiten für Bühnenauftritte „Dieudonnés" prüfen, wurden erste Auftrittsverbote durch die Bürgermeister von Marseille und Nantes (den Konservativen Jean-Claude Gaudin und den Sozialisten Patrick Rimbert) in Aussicht gestellt. Rimbert forderte etwa den Präfekten auf, ein am 9. Januar 2014 in Nantes geplantes Theaterstück mit „Dieudonné" zu untersagen. Inzwischen rufen Serge und Beate Klarsfeld von der „Vereinigung der Söhne und Töchter von jüdischen Deportierten aus Frankreich" dazu auf, am Vorabend – also am Abend des Mittwoch, 8. Januar d.J. – in Nantes gegen die geplante Aufführung zu protestieren[1].

Auch vom konservativen Oppositionsführer Jean-François Copé und von Staatspräsident François Hollande, der vom Staatsbesuch in Saudi-Arabien aus dazu Stellung nahm, kam Unterstützung für das Auftreten Valls' gegenüber Dieudonné. Antirassistische Vereinigungen wie SOS Racisme und MRAP stellten Strafanzeigen gegen den 47jährigen, zeigten sich aber skeptisch bezüglich generellen Aufführungsverboten. Aufgrund des verfassungsrechtlich garantierten Prinzips der künstlerischen Freiheit würde ein generelles Bühnenverbot tatsächlich drohen, vor den Verwaltungsgerichten möglicherweise keinen Bestand zu haben. Allerdings ist (unabhängig von der Frage, ob eine solche Verbotsverfügung gerichtsfest wäre) festzustellen, dass Dieudonné immer wieder seine Theaterbühne als Schauplatz für offene ideologische Propaganda nutzt, und sich dabei zugleich hinter dem angeblichen „künstlerischen Recht auf Satire und Doppeldeutigkeit" verschanzt.

Relativ unerwartete Hilfe kam vom Front National, der ansonsten, um Salonfähigkeit bemüht, seit der Übernahme der Parteiführung durch Marine Le Pen erkennbare Distanz zu „Dieudonné" hält. Ihr Vizevorsitzender Florian Philippot erklärte jedoch am Montag, den 30. Dezember 2013, er unterstütze den Schauspieler nicht, aber „ein Auftrittsverbot wäre eine Straftat" (seitens der Behörden)[2].

Valls möchte ansonsten Dieudonné endlich einmal wirksam „am Geldbeutel packen": Aufgrund seiner vorausgegangenen Verurteilungen wurde Dieudonné zu Geldstrafen in Höhe von insgesamt rund 65 000 Euro verdonnert (zuzüglich einer Steuernachzahlung wegen nicht abgeleisteter Steuern für seinen einträglichen Theaterbetrieb in Höhe von über 880 000 Euro). Bezahlt hat er davon jedoch nichts, weil er seine vorgebliche Insolvenz organisiert hat: Sein Theater überschrieb er dem Eigentum seiner Ehefrau Noémie Montagne, und er selbst bezieht angeblich weder ein Gehalt noch ein sonstiges Einkommen[3]. Auf dem Papier ist er „ohne Einkünfte". Selbstverständlich nur auf dem Papier, und sein Betrieb – der auch den Vertrieb von DVDs, T-Shirts und allerhand Kram mit seinem Konterfei einschließt ist ausgesprochen lukrativ. Ferner erhielt Dieudonné während der Präsidentschaft von Mahmud Ahmedinedjad (Juni 2005 bis Juni 2013), den er im November 2009 persönlich aufsuchte, auch finanzielle Unterstützung aus dem Iran. – Valls möchte dem Treiben rund um die fingierte Insolvenz nun nicht länger tatenlos zusehen, sondern die tatsächliche finanzielle Situation des Delinquenten nun von den verschiedenen staatlichen Diensten näher untersuchen lassen. An der Zeit wäre es tatsächlich…

Hintergründe

Dieudonné M'bala M'bala kam Anfang 1966 im Pariser Umland als Sohn eines kamerunischen Finanzbuchhalters und einer bretonischen Soziologin zur Welt. Früh legte er eine Künstlerkarriere ein, vor allem als Komiker; heute gehört ihm sein eigenes Theater im 11. Pariser Bezirk. Ursprünglich vertrat er eher antirassistische und universalistische Positionen. Aber seit 2001/02 steigerte er sich rapide in einen immer offener werdenden Antisemitismus hinein. Anfänglich motivierte ihn dabei eine Form von Opferkonkurrenz: M'bala M'bala hatte sich für die Geschichte der Sklaverei zu interessieren begonnen, bekam aber nicht genügend Geld für ein Filmprojekt darüber zusammen. Er glaubte, die Ursache dafür in einem Gedenkmonopol für die Opfer des Holocaust sowie einer überstarken Präsenz „jüdischer Interessen" im französischen Filmgewerbe zu erkennen. Ideologischer Stichwortgeber des Theatermachers ist seit Jahren der antisemitische Schriftsteller Alain Soral. Jener war von Anfang 2006 bis Anfang 2009 in leitenden Parteifunktionen beim Front National, da sein Werben um Unterstützung auch bei Mitgliedern von „ethnischen Minderheiten" scheinbar ins Modernisierungskonzept der Parteiführung passte. Vor allem Marine Le Pen sorgte dann aber für eine Trennung von Soral, dessen zunehmend ungeschminkter Antisemitismus aus ihrer Sicht politisch kontraproduktiv war.

Alain Soral ist heute stark im Internet präsent, aber auf der extremen Rechten will kaum jemand mehr mit ihm organisiert zusammenarbeiten, da er wechselnde Bündnispartner durch seine übermäßige Egomanie verprellte. In Teilen der jungen Generation und in gesellschaftlich marginalisierten Sozialmilieus weisen Dieudonné und Soral, besonders dank ihrer Videos mit hohen Aufgriffszahlen bei Youtube, einen zwar unstrukturierten aber beträchtlichen Einfluss auf. Er gründet vor allem auf diffusen verschwörungstheoretischen Vorstellungen, und Dieudonné wird als von mächtigen Interessen „verfolgt und verfemt" betrachtet oder stellt sich jedenfalls selbst so dar.

Erkennungszeichen: Knödel mit Hass

In den letzten Monaten zunehmend popularisiert hat sich der salut de la quenelle oder „Knödelgruß", den Dieudonné wohl um 2005 aufgebracht und in der Öf-

Fortsetzung Seite 9 unten

---

sekonferenz auch andere nordeuropäische einwanderungsfeindliche Parteien dazu auf, sich ihren beiden Parteien anzuschließen. Die moslemfeindliche „Dänische Volkspartei" (DFP) antwortete darauf jedoch am folgenden Tag, dies komme aus ihrer Sicht nicht in Frage. Jean-Marie Le Pen sei Antisemit, und sein Einfluss beim Front National sei noch zu stark; dies wolle man nicht in Kauf nehmen.

Bernard Schmid (Paris) ■

Rheinland-Pfalz: keine Abschiebungen im Winter

Rheinland-Pfalz schiebt auch in diesem Winter keine Menschen ab, wenn dies für sie eine humanitäre Härte bedeuten würde. Minderheitenangehörige aus Serbien, Mazedonien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Albanien werden in dieser Zeit grundsätzlich nicht zurückgeführt. Ihre wirtschaftliche und soziale Lage in den Herkunftsländern lässt dies aus Sicht von Integrationsministerin Irene Alt nicht zu. Sie hatte sich im April dieses Jahres vor Ort selbst einen Eindruck verschaffen können, der diese Einschätzung erhärtet. Sie begrüßt, dass Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern auch diesen Weg gehen.

Gleichzeitig gilt der Wintererlass vom Dezember 2012 fort. Diese Regelung ermöglicht, im Einzelfall Menschen auch dann vor Abschiebungen im Winter zu schützen, wenn sie aus anderen Herkunftsländern kommen oder wenn es sich nicht um Minderheitsangehörige handelt. Wie im vergangenen Jahr soll jeder Einzelfall geprüft werden, um winterbedingte humanitäre Härten generell zu verhindern.

„Für mich stehen die Menschen im Mittelpunkt. Mit unseren Erlassen schützen wir schutzbedürftige Menschen vor winterbedingten Härten – egal, ob sie aus den Balkanstaaten kommen, aus dem Kaukasus oder dem fernen Osten, wo die Winter ebenfalls sehr streng sind. Rheinland-Pfalz steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik“, erklärt Integrationsministerin Irene Alt.

Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 09.09.2013 ■

Wintererlass in Niedersachsen?

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Jan-Christoph Oetjen kritisiert die Abschiebepolitik von Rot-Grün.

---

fentlichkeit ab circa 2009 bekannt gemacht hat, dabei lauthals von sich selbst behauptend, er sei „ein Knödel im System“. Also eine Art überdimensioniertes Sandkorn im Getriebe, das angeblich Reichen oder Mächtigen in die Quere kommt. Bei dem Gruß mit an der Schulter weit oben angewinkeltem Arm geht es laut seinem Erfinder darum, dem imaginären Gegenüber einen Knödel im Hintern zu platzieren. Es ist zwar eine Falschinformation, es handele sich um eine Abwandlung des Hitlergrußes, wie manche Beobachter behaupteten – Dieudonné bezieht sich nicht oder nur sarkastisch auf Adolf Hitler –, es geht jedoch sehr wohl um eine antisemitisch aufgeladene Version des „Stinkfingers“.

Im September 2013 wurden zwei französische Soldaten disziplinarrechtlich bestraft, weil sie den Gruß beim Wachestehen vor einer Synagoge im 14. Pariser Bezirk entboten und auf einem Video festgehalten hatten. Im Dezember 13 wurde bekannt, dass Angestellte des Asterix-Freizeitsparks nördlich von Paris ebenfalls den Gruß gezeigt hatten, gegen sie ermittelt nun ihr Arbeitgeber. Zuletzt machte auch der in einem englischen Club spielende französische Fußballer Nicolas Anelka durch dasselbe Zeichen auf sich aufmerksam. Er erklärte zu Wochenbeginn, „weder Antisemit noch Rassist“ zu sein, widmete seine Geste auf dem Fußballfeld jedoch „meinem Freund Dieudonné“. Seit dem 30./31. Dezember 2013 ermittelt zudem die Polizei in Toulouse, weil „ein Individuum den salut de la quenelle vor der jüdischen Schule Ohr Torah entboten“ hatte, wo drei Schüler und ein Lehrer im März 2012 durch den Terroristen Mohamed Merah getötet wurden. – Eine Webseite zählt inzwischen die Bildbeispiele dafür auf, wie andere Individuen es für angezeigt hielten, den „Quenelle-Gruß“ etwa vor dem Mahnmal für die Schoah in Paris, in der Gedenkstätte in Auschwitz und an ähnlichen Orten zu vollführen[4].

Auch Bruno Gollnisch, ehemaliger Vizepräsident des Front National (und im Januar 2011 gescheiterter Anwärter auf die Parteiführung, als damaliger Konkurrenzkandidat gegen Marine Le Pen) entbot den „Quenelle-Gru“ nunmehr ebenfalls, und zwar am 19. Dezember 2013 in einer Sitzung des Regionalparlaments in Lyon, dem er angehört5. Gollnisch zählt innerparteilich zur Minderheit in Fragen der strategischen Orientierung; sein ehemaliger „Wahlkampfleiter“ während des innerparteilichen Abstimmungskampf über den künftigen Parteivorsitz im zweiten Halbjahr 2010, Yvan Benedetti, hat inzwischen den FN verlassen und leitet seit Januar 2012 die offen faschistische und antisemitische Splittergruppe L'Oeuvre française, welche Pierre Sidos im November 1968 gründete. Benedetti war unter Parteichefin Marine Le Pen mit zweijährigem Ausschluss belegt worden, u.a. weil er im Juni 2011 wörtlich erklärt hatte: „Ich bin Antizionist, Antisemit und Anti-Jude.“ Die aktuelle Parteichefin Marine Le Pen, die sich von jeglichem offenen Antisemitismus distanziert und ihn politisch für kontraproduktiv hält, zeigt sich hingegen grundsätzlich bedeckt gegenüber Dieudonné. In den Medien darauf angesprochen, zeigt sie sich im Dezember 2013 ausgesprochen genervt und bügelt die Frage im Radiointerview mit dem Hinweis darauf ab, die Franzosen hätten „wichtigere Probleme“[6].

Meyer Habib, liberal-konservativer Abgeordneter für die Auslandsfranzosen, will nunmehr ein gesetzliches Verbot des „Quenelle-Grußes“ vorschlagen.

Bernard Schmid, Paris ■

Anhang: Einige ausgewählte Artikel des Autors, die das Dieudonné-Phänomen behandeln:

2004: http://www.trend.infopartisan.net/trd0304/t010304.html

2005: http://www.trend.infopartisan.net/trd0205/t470205.html

2006: a/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0606/t390606.html
b/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0906/t400906.html
c/ http://www.trend.infopartisan.net/trd1106/t201106.html

2007: a/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0107/t140107.html
b/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0307/t240307.html
c / http://www.trend.infopartisan.net/trd0307/t260307.html
d/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0907/t380907.html
e/ http://www.trend.infopartisan.net/trd1107/t231107.html

2008: http://www.trend.infopartisan.net/trd1008/t371008.html

2009: a/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t590109.html
b/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t630109.html
c/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0209/t380209.html
d/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0209/t220209.html)
e/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0309/t540309.html
f/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0509/t250509.html
g/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0609/t280609.html
h/ http://www.trend.infopartisan.net/trd7809/t247809.html
i/ http://www.trend.infopartisan.net/trd1209/t241209.html

2010: a/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0110/t130110.html
b/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0410/t530410.html
c/ http://www.trend.infopartisan.net/trd0410/t240410.html

2011: http://www.trend.infopartisan.net/trd1211/t441211.html

2012: http://www.trend.infopartisan.net/trd5612/t485612.html

Fußnoten

1 Vgl. http://actu.orange.fr/une/dieudonne-la-famille-klarsfeld-appelle-a-manifester-mercredi-a-nantes-afp_2757624.html

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2013/12/30/97001-20131230FILWWW00224-dieudonne-l-interdiction-une-infraction.php

3 Vgl. http://www.lemonde.fr/societe/article/2014/01/03/comment-fait-dieudonne-pour-ne-pas-payer-ses-amendes_4342597_3224.html

4 Vgl. http://k00ls.overblog.com/2013/12/pour-ceux-qui-prétendent-que-la-quenelle-n-est-pas-un-geste-antisémite.html und http://www.rue89.com/2013/12/30/antisionisme-antisemitisme-dieudonne-oblige-a-clarification-248671

5 Vgl. http://leplus.nouvelobs.com/contribution/1114201-bruno-gollnish-et-la-quenelle-de-dieudonne-un-bras-d-honneur-d-extreme-droite.html

6 Vgl. http://www.youtube.com/watch?v=nm_j3QwQnvg

„SPD und Grüne sehen keinen Bedarf für einen Abschiebestopp im Winter aus humanitären Gründen. Dabei erwarten viele Roma auf dem Balkan Bedingungen, die lebensgefährlich sein können. Ich fordere SPD und Grüne auf, diese knallharte Haltung bei Abschiebungen aufzugeben," so der FDP-Politiker. Es ist Oetjen zufolge schwer verständlich, wie die Regierungsfraktionen diese Abschiebepolitik rechtfertigen können. „SPD und Grüne haben vor dem Regierungswechsel stets einen solchen Wintererlass gefordert. Der groß-angekündigte Paradigmenwechsel in der Ausländerpolitik entpuppt sich als schnöder Machtwechsel. Ich wundere mich, warum Niedersachsen hinter den humaneren Regelungen anderer Bundesländer zurückbleibt" so der FDP-Innenexperte.

Quelle: kw@nds-fluerat.org, 20.12.2013 ■

Winterabschiebestopp jetzt auch in Baden-Württemberg

Bereits bei der Innenministerkonferenz am 6. Dezember haben die Bundesländer Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz öffentlich erklärt, auch in diesem Winter keine Abschiebungen in den Balkanraum durchzuführen. Jetzt hat auch das Innenministerium von Baden-Württemberg eine entsprechende Regelung getroffen, die weitgehend mit dem Vorgehen des vergangenen Jahres identisch ist:

„… Ab sofort bis zum 1. März 2014 erfolgen keine Sammelabschiebungen nach Serbien, Mazedonien, Bosnien- Herzegowina, Kosovo und Montenegro. Es ürfen nur erwachsene Paare und Einzelpersonen im Wege der Einzelabschiebung zurückgeführt werden. Familien dürfen nicht abgeschoben werden (Ausnahme: Straftäter in der Familie; dann kann die gesamte Familie abgeschoben werden).

Dies gilt nicht für Folgeantragsteller und für Personen, die nach dem 1. September 2013 eingereist sind.

Vom 20. Dezember 2013 bis 7. Januar 2014 werden Abschiebungen grundsätzlich zurückgestellt. Ausgenommen sind Straftäter und Ausländer, die die innere Sicherheit gefährden. …"

Die baden-württembergische Regelung ist strenger als die der o.g. anderen Bundesländer. Diese werden Abschiebungen erst wieder ab 1.4.2014 durchführen. Sie definieren in ihren Erlassen, unter welchen Voraussetzungen jemand als Straftäter gilt und unter Umständen (unter Verbleib der restlichen Familie in Deutschland) abgeschoben werden kann. Vor allem jedoch schließen sie Folgeantragsteller/innen und neueingereiste Asylsuchende nicht von der Winterregelung aus.

Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 13.12.2013 ■

Aussetzung Rückführungen in Balkanstaaten

Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern begrüßt den Winterabschiebestopp für die Balkanstaa-ten. „Wir freuen uns, dass Rückführungen bis zum 31. März 2014 in Balkanstaaten ausgesetzt werden. Für einige Personen kommt die Regelung allerdings zu spät." so Ulrike Seemann-Katz, Vorsitzende des Flüchtlingsrates.

Bereits bei der Innenministerkonferenz am 6. Dezember hat Mecklenburg-Vorpommern neben den Bundesländern Schleswig-Holstein, Bremen, und Rheinland-Pfalz öffentlich erklärt, auch in diesem Winter keine Abschiebungen in den Balkanraum durchzuführen. Die Lage in den Balkanstaaten war demnach bekannt. Ungeachtet dessen gingen die Vorbereitungen für Rückschiebungen weiter.

Aus Sicht des Flüchtlingsrates ist dieses ein unverantwortliches Vorgehen. Noch im November und Dezember wurden Rückschiebungen von Familien mit minderjährigen Kindern organisiert. Wir wissen nicht wie viele Personen insgesamt im November zurückgeführt wurden. Klar ist jedoch, dass niemand weiß, wie diese den Winter überstehen werden.

Gleichzeitig protestiert der Flüchtlingsrat an dieser Stelle ausdrücklich gegen den laut Koalitionsvertrag verabredeten Plan der künftigen Bundesregierung, nach dem die Westbalkan-Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden sollen. Damit wäre ultimativ die formale Grundlage konstruiert, alle aus diesen Staaten vor Verfolgung und Diskri-minierung fliehenden Menschen als asylunwürdig abzuweisen. Stattdessen fordert der Flüchtlingsrat dazu auf, die Praxis der Schnellverfahren zur regelmäßigen Nichtanerkennung der Asylbegehren von Flüchtlingen aus dieser Region umgehend zu beenden.

Hintergrund

Laut dem Schreiben des Innenministeriums vom 19.12.2013 „kann nicht ausgeschlossen werden, dass Rückführungen von ausreisepflichtigen Staatsangehörigen aus den Balkanstaaten (Albanien, Bosnien, Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) im Winter zu besonderen humanitären Härten führen."

Um besondere Härten zu verhindern, sollen Rückführungen in Einzelfällen ausgesetzt und Duldungen nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG ausgestellt werden. Diese Regelung gilt vom 23.12.2013 bis 31.3.2014.

Dieses gilt insbesondere für besonders schutzbedürftige Personen bzw. Personengruppen, wie Familien oder Alleinerziehende, mit minderjährigen Kindern, allein reisende Frauen, Menschen über 65 Jahre sowie kranke, schwangere und pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen.

Quelle: www.fluechtlingsrat-mv.de 19.12.2013 ■

Roma in Serbien – sicherer Herkunftsstaat?

Pro Asyl hat einen Bericht veröffentlicht, in dem von einer Reise von Anwält_innen, Journalist_innen und Flüchtlingsorganisationen nach Serbien berichtet wird, durch die diese sich über die Situation der Roma ein Bild machen wollte. Die Gruppe besuchte informelle Siedlungen, in denen Roma leben, die nicht an ein Wasser- oder Stromnetz angeschlossen waren. Die Menschen, auch Familien leben in Hütten aus Sperrmüll. Es wurde von körperlichen Übergriffen und Beleidigungen aufgrund der Identifikation als Roma berichtet, eine polizeiliche Strafverfolgung findet aber praktisch nicht statt. Obwohl die Situation von zahlreichen NGOs bestätigt wird, plant die große Koalition aus SPD und CDU/CSU, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, aus denen hauptsächlich Roma fliehen, als „sichere Herkunftsstaaten" einzustufen. Asylanträge können so leichter abgelehnt werden.

Quelle: Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt, 16.12.2013 ■

Evangelische Kirche für menschliche Flüchtlingspolitik

Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, fordert mehr Menschlichkeit in der Flüchtlingspolitik. „Es ist erschreckend, dass die EU ständig über stärkere Abschottung debattiert – das läuft den Werten zuwider, auf denen Europa gebaut ist", sagte Schwaetzer der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post" (Montagsausgabe). In dieser Frage müsse die Bundesregierung eine aktivere Rolle in Brüssel spielen. Deutschland solle zudem mehr Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen und die bürokratischen und finanziellen Hürden für den Familiennachzug senken, forderte die FDP-Politikerin.

Kritik an politischen Äußerungen der Kirche wies die ehemalige Bundesbauministerin zurück. „Die Forderungen, die Kirche müsse sich aus dem politischen Leben zurückziehen, müssen wir uns nicht gefallen lassen", sagte Schwaetzer weiter. Jede Predigt sei eine Teilnahme am öffentlichen Diskurs. Hinter dem Vorwurf, die evangelische Kirche kompensiere Theologie zu oft durch Politik, stecke oft der Versuch, unliebsame Meinungen zu konterkarieren. „Wir müssen uns nicht monatelang in einer theologischen Kommission beraten, bevor wir etwas zu aktuellen politischen Fragen sagen, wie etwa zur Flüchtlings- und Asylpolitik."

http://www.ekd.de 23.12.2013 ■

Länder wollen Sprachförderung verbessern

In seiner letzten Sitzung des Jahres beschloss der Bundesrat einen Gesetzentwurf, mit dem er mehr Menschen als bisher die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen ermöglichen will. In seinem Entwurf schlägt er daher vor, künftig auch Asylsuchenden und Personen mit ausländerrechtlicher Duldung einen Anspruch auf Teilnahme an den Kursen einzuräumen.

Der Koalitionsvertrag hält sich in dieser Frage bedeckt. Dort heißt es etwas kryptisch:

„Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten erlaubt. Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb ermöglichen.“ (S. 110)

Eine allgemeine Zulassung zu den Integrationskursen – für die der Bund die Kosten trägt – ist hier leider nicht zugesagt und wohl auch nicht zu erwarten. Mit Inkrafttreten der in Koalitionsvertrag angekündigten Absenkung des Arbeitsverbots von neun auf drei Monate aber können Asylsuchende nach abgeschlossener Erstaufnahme und Verteilung auf die Kommunen zu den „ESF-BAMF-Sprachkursen“ angemeldet werden. Dies sollte in den Kommunen flächendeckend und systematisch organisiert werden, damit möglichst alle Flüchtlinge die Chance auf einen Sprachkurs haben.

Voraussetzung für die Teilnahme an diesen berufsbezogenen Sprachkursen ist die Registrierung in den Projekten des Bleiberechtsnetzwerks, in Niedersachsen sind das AZF II, Fairbleib Göttingen und NetwIn.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 23.12.2013 ■

Akzeptanz für Migration statt Hetze gegen Arme

„Die Zahlen zeigen, dass der Standort Deutschland von der innereuropäischen Migration profitiert. Populistische Hetze gegen Armutszuwanderer geht schlicht an der Realität vorbei“ kommentiert Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (17/73) der Linksfraktion. Jelpke weiter:

„Die Angaben der Bundesregierung sprechen für sich. Ein steigender Anteil der Rumänen und Bulgaren in der Bundesrepublik kann von eigener Arbeit leben. Weniger als 5% sind als arbeitslos gemeldet. Nur 0,5 der rumänischen und bulgarischen Migranten, die einer Beschäftigung nachgehen oder selbständig sind, bezogen aufstockende Leistungen, bei den Selbständigen allein betrug der Anteil 5,4 %. Damit ist die Mär vom systematischen Sozialleistungsbetrug durch Scheinselbständigkeit und den Bezug von aufstockenden Sozialleistungen klar widerlegt. Nicht einmal jeder zehnte Migrant aus diesen Ländern bezieht Kindergeld. Auch hier also von systematischem Betrug keine Spur.

Nicht zu leugnen ist, dass es unter den Migranten auch solche gibt, die durch massive Ausgrenzung und Diskriminierung in ihren Herkunftsländern über geringe Bildung verfügen und deshalb große Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Solange Freizügigkeit in der EU besteht, werden auch solche Menschen in die Bundesrepublik kommen, die nicht gleich dem Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft genügen. Bitterer Armut zu entkommen, war und ist schon immer ein vollkommen legitimer Migrationsgrund. Das müssen Politiker vom Schlage eines Seehofer endlich akzeptieren, statt diese Menschen zu Objekten populistischer Hetze zu machen.“

Quelle: PM http://www.ulla-jelpke.de 02.01.2014 ■

Offener Brief der Bürgermeisterin von Lampedusa

Wir hatten keine Grabstätten mehr

Im vergangenen Vierteljahrhundert wurde für 20 000 Bootsflüchtlinge das Mittelmeer zum Massengrab. Erschütternd der Brief von GUISI NICOLINI, Bürgermeisterin von Lampedusa, vom 11. Dezember 2012:

Ich bin die neue Bürgermeisterin von Lampedusa. Ich wurde im Mai 2012 gewählt, und bis zum 3. November wurden mir bereits 21 Leichen von Menschen übergeben, die ertrunken sind, weil sie versuchten, Lampedusa zu erreichen.

Das ist für mich unerträglich und für unsere Insel ein großer Schmerz. Wir mussten andere Bürgermeister der Provinz um Hilfe bitten, um die letzten elf Leichen würdevoll zu bestatten. Wir hatten keine Gräber mehr zur Verfügung. Wir werden neue schaffen, aber jetzt frage ich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden? Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint; mich regt das Schweigen von Europa auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat und nichts sagt, obwohl es her ein Massaker gibt, bei dem Menschen sterben, als sei es ein Krieg.

Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen den letzten Funken Hoffnung bedeutet, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist.

Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidstelegramm erhalten. So, als hätte er eine weiße Haut, als sei er unser Sohn, der in den Ferien ertrunken ist.

Quelle: Penteker@t-online.de 21.12.2013 ■

Lampedusa – Mittelmeer-Tagung

Am 3. Oktober 2013 haben 368 Menschen einige Meilen von der Insel Lampedusa entfernt ihr Leben verloren. Sie starben bei dem Versuch Europa zu erreichen.

Wenige Tage später verschlingt das Meer an der gleichen Stelle Hunderte von Menschen aus Syrien.

Dies sind nur einige der Tausende von Opfern der europäischen Grenzen: etwa zwanzigtausend in den letzten fünfundzwanzig Jahren.

Dennoch hat die Europäische Union, trotz finanzieller Krise, nicht aufgehört, Milliarden von Euros in die Militarisierung der Grenzen zu investieren: in Lampedusa wie in Melilla, über die Evros-Mauer hin zu Frontex-Patrouillen, bis zum Herzen der libyschen Wüste, in die die Union ihre Kontrollmechanismen ausgelagert hat. …

All dies geschieht vor dem Hintergrund einer massiven Aushöhlung demokratischer Institutionen, beständiger Rechtsbeugung und andauernder Missachtung des Grundprinzips, das Rechte universell und unveräußerlich sind.

Deswegen haben wir beschlossen, die Geographie Europas und damit die Karte unserer Rechte umzuschreiben.

Vom 31. Januar bis 2. Februar 2014 werden wir uns auf Lampedusa treffen, um die CHARTA VON LAMPEDUSA zu schreiben: um uns der derzeitigen Situation entgegenzustellen und ihr ein anderes Recht entgegenzusetzen. Ein Recht, das von unten geschrieben ist. Ein Recht auf Leben, das Menschen an erste Stelle stellt und dabei ihre Würde, Wünsche und Hoffnungen achtet; ein Recht, das derzeit keine einzige Institution in der Lage wäre, zu gewährleistet; ein Recht auf Verteidigung, das wir zurückfordern und erhalten; ein Recht von allen und für alle. …

Eine Vielzahl von Bewegungen und Bündnissen, Netzwerken und Organisationen, europäischen und nordafrikanischen, arbeiten zusammen, um dieses Treffen auf Lampedusa zu ermöglichen und von dort die Geschichte des Mittelmeerraums und darüber hinaus neu zu schreiben. Beginnen wollen wir mit der Umkehrung des Bildes Lampedusas als medienwirksamer Insel der Grenze.

Lasst uns zusammen die Charta von Lampedusa schreiben

Eine grundlegende Absprache zwischen vielen verschiedenen Gruppen, ein kollektiver Prozess, eine Gemeinschaftsfläche, für deren Erhalt alle gemeinsam die Verantwortung tragen, ein*e jede*r mit

seinen*ihren eigenen Methoden und Möglichkeiten. Eine Chance, gemeinsam zu verstehen, wie eine Geographie der Veränderung geschaffen werden könnte, um die Grenzen Europas zu überwinden und dieses Manifest Wirklichkeit werden zu lassen. …

Charter of Lampedusa auf Facebook

Der Hashtag auf Twitter wird #cartadilampedusa sein.

Die Langfassung des Aufrufs unter: http://www.meltingpot.org/Die-Charta-von-Lampedusa-Vom-31-Januar-bis-2-Februar-201.html#.UsaKC7Ri1vC .

Quelle: http://www.meltingpot.org 20. 12. 2013 ■

Menschenrechte an den Grenzen wahren

Brot für die Welt, PRO ASYL, medico international mit neuer Studie zu den Folgen europäischer Flüchtlings- und Migrationspolitik

Berlin/Frankfurt am Main, 17.12. 2013. Anlässlich des internationalen Tags der Migrantinnen und Migranten am 18. Dezember veröffentlichen Brot für die Welt, medico international und PRO ASYL die Studie „Im Schatten der Zitadelle. Der Einfluss des europäischen Migrationsregimes auf Drittstaaten". Die exemplarischen Fallstudien zeigen: Die europäische Politik der Externalisierung, also der Auslagerung von Flucht- und Migrationskontrolle, wirkt sich fatal auf Schutzsuchende aus. Zudem beeinträchtigt sie die Gesellschaften der Transit- und Herkunftsländer. Obwohl die jüngsten Flüchtlingstragödien vor Lampedusa/Italien medial eine große Aufmerksamkeit erhalten haben, ist bislang keine politische Antwort gefunden worden, die das Leid und die Not der Schutzsuchenden lindern. Stattdessen wurden weitere Maßnahmen zur Abschottung der europäischen Außengrenzen beschlossen. Brot für die Welt, medico international und PRO ASYL appellieren auch aufgrund der Erkenntnisse der Studie an die EU- Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen am 19./20. Dezember 2013, eine menschenrechtsbasierte Neuausrichtung der Flüchtlings- und Migrationspolitik zu beschließen und nicht weiterhin auf Abwehr zu setzen.

Die Erfahrungen aus dem Senegal, Mauretanien, Tunesien, der Türkei und der Republik Moldau dokumentieren, wie die Vorgaben und Eingriffe der europäischen Migrationsabwehr bislang offene Regionen des Transits und des Verweilens verschließen. „Es zeigt sich, dass mehr Kontrolle nicht mehr Überlebenssicherheit, sondern im Gegenteil mehr Tod und Verfolgung schafft. Die betroffenen Länder verwandeln sich für Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen in gefängnisähnliche Zonen," so Martin Glasenapp, Öffentlichkeitsreferent bei medico international. „Die zusätzliche Kriminalisierung irregulärer Ausreise ist dramatischer Ausdruck dieser Politik." Die Studien zeigen: Europas Politik gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt in den betroffenen Gesellschaften und zerstört migrationsbedingte nachhaltige Entwicklungspotentiale.

Auch die sogenannten EU-Mobilitätspartnerschaften mit Drittstaaten verfehlen bislang das erklärte Ziel einer Verknüpfung von Entwicklung und Migration. „Als Anreiz für die Kooperationsbereitschaft von Drittstaaten bei der Migrationskontrolle wird den Ländern Entwicklungshilfe angeboten – diese Konditionalisierung auf Kosten der Rechte von Schutzsuchenden ist inakzeptabel", sagt Sophia Wirsching, Referentin für Migration von Brot für die Welt.

Das Grenzüberwachungssystem Eurosur hat Anfang Dezember 2013 seinen Betrieb aufgenommen. Die sogenannte Mobilitätspartnerschaft der EU mit Tunesien setzt auf Abwehr statt auf Reiseerleichterungen. Auch das am 16. Dezember 2013 unterzeichnete Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Türkei ist ein verheerendes Signal für den Flüchtlingsschutz. „Ein Abschiebeabkommen mit der Türkei abzuschließen und zu bejubeln, ist nicht nur schäbig, sondern drückt aus, dass Europa sich kollektiv seiner Verantwortung für den Flüchtlingsschutz entziehen will", so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. Die Türkei hat über 530 000 syrische Flüchtlinge bereits aufgenommen – die gesamte EU gerade einmal 50 000. Die EU-Staaten Griechenland und Bulgarien weisen systematisch und völkerrechtswidrig Flüchtlinge in die Türkei zurück.

Quelle: Presseerklärung Brot für die Welt, medico international, PRO ASYL 17. Dezember 2013 ■

Drohende Abschiebungen Afghanischer Flüchtlinge

Die Betroffenen sind Personen aus einer Gruppe afghanischer Flüchtlinge, die im Juni 2013 von Ungarn nach Karlsruhe gekommen sind. Sie haben dort kollektiv erneut Asyl beantragt, nachdem sie bereits in Ungarn Proteste gegen die dortigen miserablen Lebensbedingungen organisiert hatten. Durch verschiedene Veranstaltungen und Proteste haben sie auch in Deutschland auf die schlechten Bedingungen von Flüchtlingen in Ungarn und Europa aufmerksam gemacht und gegen Dublin II protestiert.

Bereits Anfang November sollten Menschen aus der Gruppe abgeschoben werden. Die Abschiebungen wurden damals allerdings nach spontanen heftigen Protesten und einer angekündigten Verfassungsbeschwerde zurückgezogen. Nun bereitet das Regierungspräsidium Baden-Württemberg kurz vor Ablauf der sogenannten Überstellungsfrist erneut Abschiebungen vor. Betroffen sind bisher vier Familien und Einzelpersonen, die am 7. bzw. 9.Januar 2014 abgeschoben werden sollen. Es ist zu befürchten, dass in den kommenden Tagen weitere Abschiebungen angekündigt werden. Denn bei einigen der Betroffenen läuft die Frist innerhalb derer die Abschiebung nach Ungarn erfolgt sein muss im Verlauf des Januars ab.

Bitte beteiligt Euch zahlreich an einer Protestkampagne gegen die Abschiebungen nach Ungarn. Vorlagen für Protestfaxe und entsprechende Telefonnummern im Regierungspräsidium in Karlsruhe sowie weitere Informationen finden sich hier: http://stopdeportation.de/

Quelle: http://kompass.antira.info Newsletter Januar 2014 ■

Bayern vollzieht Wandel in der Abschiebungshaft

Binnen weniger Wochen hat der JRS rund 80 Abschiebungsgefangene in ganz Bayern aus dem Rechtshilfe-fonds unterstützt und viele Freilassungen ermöglicht. Jetzt gibt es einen Durchbruch: Bayern will Abschiebungshaft nicht mehr im normalen Gefängnis vollziehen, sondern in einer eigenen Einrichtung in Mühldorf. Die Seelsorger des JRS sind auch dort schon tätig.

Nachdem der Bundesgerichtshof im Sommer Zweifel an der Abschiebungshaft in normalen Gefängnissen geäußert und die Frage dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt hatte, hat der JRS systematisch Abschiebungsgefangene im Gefängnis München-Stadelheim unterstützt. Binnen weniger Wochen wurden allein dort mehr als 60 Klagen eingereicht, von denen die meisten mit der Freilassung endeten. Schon seit 2008 gilt eine europäische Richtlinie, die Abschiebungshaft in normalen Gefängnissen untersagt, sofern separate Einrichtungen vorhanden sind. In normalen Gefängnissen gelten rigorose und strenge Regeln, die Betroffenen fühlen sich kriminalisiert und kommen mit Straftätern oder mutmaßlichen Straftätern in Kontakt. Obwohl es in Deutschland mehrere eigene Einrichtungen für Abschiebungsgefangene gibt, inhaftieren viele Bundesländer in normalen Gefängnissen. „Auch andere Bundesländer müssen ihre Praxis jetzt ändern", sagt JRS Seelsorger Bruder Müller SJ. „Vor allem aber müssen sie sich mit den Alternativen zur Haft ernsthaft auseinandersetzen, weil das Gesetz auch bestimmt, dass Haft nur als allerletztes Mittel angewandt werden darf." Der JRS unterstützt zwei wegweisende Verfahren vor dem Bundesgerichtshof und dem Europäischen Gerichtshof. Der lange Weg zur Gerechtigkeit ist mit finanziellen Risiken verbunden: Wer verliert, muss mit hohen

Kosten rechnen. Wir sind unseren Spenderinnen und Spendern dankbar, dass sie diesen Weg ermöglichen

Quelle: http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de 12-2013 ■

Abschiebehaft in NRW ist rechtswidrig

BÜREN. Das Amtsgericht Paderborn hat mit Beschluss vom 16.12.2013 festgestellt, dass die Unterbringung von Abschiebegefangenen in der JVA Büren rechtswidrig ist. Somit steht das größte deutsche Abschiebegefängnis vor dem aus.

Seit dem 24.12.2010 gilt die EU-Rückführungsrichtlinie. Sie legt unter anderem Fest, dass Abschiebegefangene nicht zusammen mit Strafgefangenen untergebracht werden dürfen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Haftbedingungen im Bereich der Abschiebehaft wesentlich humaner zu gestalten sind, als die in Strafhaft.

In NRW werden mehr Abschiebegefangene untergebracht, als in anderen Bundesländern. So kommen nach Angaben des statistischen Bundesamtes 70 % der in Bundesgebiet inhaftierten Frauen in Abschiebehaft aus NRW, bei den Männern liegt der Anteil immerhin noch bei knapp 30 %. Alle Abschiebegefangene aus NRW werden in der JVA Büren festgehalten, in der auch Straftäter inhaftiert sind.

Durch diese Unterbringung unterliegen die Abschiebehäftlinge zahlreiche Sanktionen, die es in anderen Abschiebehaftanstalten nicht gibt. Sie dürfen ihre Handy nicht benutzen, werden den überwiegenden Teil der Zeit in Zellen eingesperrt, der Hofgang ist auf eine Stunde begrenzt, sie müssen sich bei Kontrollen nackt ausziehen und werden bei Ausführungen an Händen und Füßen gefesselt. Dieses betrifft auch Kinder und Jugendliche, schwangere Frauen und alte Menschen, die, obwohl es durch einen Erlass verboten ist, immer wieder inhaftiert werden.

Das Amtsgericht Paderborn hat am 16.12.2013 (Aktenzeichen: 11XIV 97/13 B) beschlossen, dass diese Zustände nicht der EU-Richtlinie entsprechen. Die JVA Büren ist nicht geeignet, Abschiebegefangene unterzubringen. Zwar ist der Beschluss nur in einem Einzelfall ergangen, jedoch lässt sich die Begründung des Beschlusses auf jeden Gefangenen der JVA Büren übertragen.

Der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V. fordert nun die Landesregierung auf, sofort zu handeln. „Die Abschiebehaftanstalt in Büren ist sofort zu schließen, eine weitere Unterbringung von Flüchtlingen dort ist nicht hinzunehmen“, so Frank Gockel, Pressesprecher des Vereins. Er hofft, dass die Verantwortlichen sich der Tatsache stellen und handeln, noch bevor das Weihnachtsfest startet. „Es reicht schon, dass in den letzten drei Jahren alle Abschiebehäftlinge unrechtmäßig eingesperrt waren, dieses muss beendet werden“, so Gockel.

Quelle: Flüchtlingshilfe Lippe 20.12.2013 ■

Zu den Ergebnissen der IMK in Wiesbaden

Verlängerung der Bleiberechtsregelung, doch weiter Hängepartie

Flüchtlingsaufnahmeprogramm mit nur geringen Platzzahlen

Die Innenministerkonferenz in Wiesbaden hat es vereinbart, dass eine Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Bleiberechtsregelung auf landesrechtlicher Grundlage möglich ist. Das dürfte auf Seiten der Betroffenen einerseits Erleichterung auslösen, andererseits geht die Hängepartie zum Thema einer Bleiberechtsregelung mit Dauerwirkung weiter. Denn ein mögliches Gesetzgebungsverfahren benötigt Zeit. Immerhin steht mit einer aktuellen Gesetzgebungsinitiative der schwarz-gelben Landesregierung Schleswig-Holstein das Thema bereits am 16. Dezember 2011 im Bundesrat zur Beratung an. Im konservativ-liberalen Lager gibt es offenbar auch die Einsicht, dass man sich des Themas nicht durch Ignorieren entledigen kann.

PRO ASYL fordert die am Beratungsprozess Beteiligten dringend auf, die jahrelange Hängepartie zu beenden und die schleswig-holsteinische Initiative in verbesserter Form zum Anlass zu nehmen, eine Regelung mit Dauerwirkung zu schaffen.

PRO ASYL begrüßt die Entscheidung der Innenministerkonferenz, sich über mehrere Jahre hinweg an Aufnahmeprogrammen für Flüchtlinge (Neuansiedlung/Resettlement) zu beteiligen, als einen viel zu kleinen Schritt in die richtige Richtung. Denn die ins Auge gefassten Aufnahmezahlen mit dem Zeithorizont der nächsten drei Jahre sind angesichts der Größe der zu lösenden Probleme dürftig.

Allein für das Jahr 2012 benötigt das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit 172 000 Resettlementplätze. Besonders dringend gelöst werden muss das Problem der subsaharischen Flüchtlinge, die nach Flucht und Vertreibung aus Libyen immer noch im Lager Choucha auf der tunesischen Seite der Grenze leben und nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können. Mehrere tausend Flüchtlingen brauchen allein hier kurzfristig Aufnahmeplätze

Quelle: Presseerklärung proasyl 09.12.2013 ■

18. Dezember – Internationaler Tag der Migranten

Die Internationale der Öffentlichen Dienste schließt sich der internationalen Gemeinschaft im Gedenken an die Millionen von Wanderarbeitern und ihren Familien in der ganzen Welt an und bekräftigt das Engagement ihre Würde und Menschenrechte zu wahren. „Internationale Migration ist heute in erster Linie die Suche nach menschenwürdiger Arbeit“, sagt Rosa Pavanelli, Generalsekretär der Internationale der Öffentlichen Dienste. „Arbeiter sind gezwungen, ihr Geburtsland auf der Suche nach Jobs zu verlassen um aus der Armut zu entkommen. Viele haben ihr Leben verloren, bei dem Versuch Grenzen zu überqueren oder sind skrupellosen Personalvermittlern zum Opfer gefallen. Viele von ihnen landen in prekären Arbeits-und Lebensbedingungen und werden dem Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und soziale Dienste beraubt. „

„Die Frage der Migration, bei der es heute in erster Linie um Arbeitsmigration geht, muss eine Priorität für die Gewerkschaften sein. Wanderarbeiter sind keine Ware. Sie können nicht als Subjekte von Handelsabkommen eingesetzt werden. Wanderarbeiter müssen von internationalen Menschenrechtsnormen und Arbeitsnormen geschützt werden. Arbeiterrechte sind zentral für eine faire Wirtschaftspolitik. Als Gewerkschaften müssen wir in unsere Bemühungen fortsetzen, den Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen für alle zu verteidigen, Wanderarbeiter zu organisieren und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen „ führte Pavanelli aus.

Indem wir die Feier des Internationalen Tags der Rechte von Migranten, mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, mit unserem Partner Organisationen der Zivilgesellschaft, Gemeinden und Migranten Rechtsanwälte begehen, rufen wir die Staaten auf, die internationalen Kerninstrumente für die Rechte von Migranten zu ratifizieren, welche beinhalten:

- UN-Übereinkommen über den Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen ;
- IAO-Übereinkommen über Wanderarbeiter, C97 und C143
- IAO-Übereinkommen über private Arbeitsvermittler, C181
- IAO-Übereinkommen über Hausangestellte, C189

Weiterhin fordern wir, dass die Einstellungsbedingungen die Gewährleistung der Rechte der Wanderarbeiter beinhaltet, das Recht Gewerkschaften beizutreten, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung.

Quelle: Internationale der Öffentlichen Dienste 16. Dezember 2013 ■

Antirassistische Arbeit ein notwendiger Schwerpunkt

Vom 8. bis 10.November 2013 fand unter dem Motto „Zukunft gemeinsam gestalten“ in Berlin die Bundesjugend-

konferenz (BJK) des DGB statt. Rund 250 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatten sich getroffen, um inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Jahre festzulegen. Die BJK ist das höchste beschlussfassende Gremium der Gewerkschaftsjugend, in das alle vier Jahre die Jugendverbände der acht Mitgliedsgewerkschaften Delegierte entsenden.

In dem beschlossenen Leitantrag „Gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ plädiert die BJK für ein „friedliches, gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben aller Menschen“. Diese Sichtweise ist prägend: „Die Gewerkschaftsjugend wird auch weiterhin jede Erscheinungsform menschenverachtender Einstellungen bekämpfen. Antirassistische Arbeit bleibt ein notwendiger Schwerpunkt der DGB-Jugend-Arbeit in Betrieben, (Berufs-) Schulen, Universitäten und in der Gesellschaft.“

Die Gewerkschaftsjugend sieht ihr Engagement gegen Rassismus auch als Auftrag, der sich aus der deutschen Geschichte ergibt. In dem Beschluss wird an die unvergleichbaren „Verbrechen und die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus“ verwiesen. Die Schlussfolgerung daraus: „Aus der Erinnerung an die Verbrechen entsteht für die heutigen Generationen aber auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Verbrechen des Nationalsozialismus nie wiederholen.“ Am zweiten Konferenztag – dem 9. November – jährte sich zum 75. Mal die Reichspogromnacht und damit der Beginn des Holocaust an den Juden in Europa. Für die Bundesjugendkonferenz war das Anlass, das antifaschistische Selbstverständnis der Gewerkschaften zu bekräftigen und den Opfern der Shoah mit einer Schweigeminute zu gedenken.

In der praktischen Arbeit für eine solidarische Gesellschaft bewertet die Gewerkschaftsjugend auch „Aktionen des Zivilen Ungehorsams als legitime Aktionen in gesellschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen“, die es in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung immer gegeben habe, etwa bei der Durchsetzung des Streikrechts. Vor diesem Hintergrund werden auch die Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche in den letzten Jahren als legitime Aktionsform bewertet, die friedlich ablaufen muss: „Bei einer Beteiligung der Gewerkschaftsjugend an Aktionen des Zivilen Ungehorsams ist dabei klar, dass wir jede gewaltsame Eskalation grundsätzlich ablehnen und sich unsere Aktivitäten nicht gegen die Polizei richten.“

Quelle: Aktiv + Gleichberechtigt Dezember 2013/ Januar 2014 ■

Koalitionsvertrag: viel Misstrauen und Abwehr

Sicherheit finden, nach dem Trauma von Krieg und Flucht gesund werden, arbeiten und sich einbringen dürfen: Das wird Flüchtlingen in Deutschland schwer gemacht oder verboten. Statt des notwendigen Paradigmenwechsels enthält der Koalitionsvertrag zwar einige Verbesserungen, bleibt aber der alten Linie treu: Abschottung wird größer geschrieben als Flüchtlingsschutz.

Die gute Nachricht zuerst: Die Aufnahme von 10 000 syrischen Flüchtlingen ist ein richtiger und guter Schritt! Nun muss sie auch zügig erfolgen. Bisher sind erst 1300 an-gekommen. Zum Vergleich: Der Libanon gewährt 800 000, die Türkei mehr als 400 000 Syrern Zuflucht. Gut also, dass Deutschland in Zukunft mehr Flüchtlinge aus dem UNO-Resettlement-Programm aufnehmen will. Mit großer Sorge sieht der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Asylschnellverfahren für Roma: Ihnen wird seitens der Politik oft öffentlich und pauschal Missbrauch unterstellt, stattdessen aber müssen die schweren Diskriminierun-gen in ihren Herkunftsländern ernsthaft und in jedem Einzelfall als Asylgrund geprüft werden. Wir brauchen unvoreingenommene und zügige, aber keine überstürzten Asylverfahren.

Der Koalitionsvertrag sieht ein stichtagunabhängiges Bleiberecht vor – endlich! Zu viele Lebenschancen wurden schon vertan und Talente vergeudet, weil wir Menschen über Jahrzehnte verbieten, ihr Leben selbst zu gestalten. Für unbegleitete Kinder und jugendliche Flüchtlinge, die zum Teil an ihrem 18. Geburtstag abgeschoben werden können, muss der Gesetzgeber Regelungen schaffen, die ihnen Sicherheit geben.

Auch auf der europäischen Ebene muss sich vieles ändern: In einem Rechtsstaat darf nicht die Frage im Vordergrund stehen, wie wir Flüchtlinge möglichst schnell wieder loswerden, sondern wie sie ihren Schutzanspruch effektiv prüfen lassen und ggfs. durchsetzen können. Die Möglichkeit, das Verfahren in Deutschland zu führen, muss offen geprüft werden – auch dann, wenn auch ein anderer EU-Staat zuständig sein könnte. Stattdessen werden jährlich tausende Asylsuchende in Haft genommen, nur um sie in ein anderes europäisches Land zu-rückzuschieben: Zwei Beispiele schildern wir in diesem Infobrief.

Die hitzigen Diskussionen um die Unterbringung von Flüchtlingen sind die Quittung dafür, dass sich die deutsche Politik zu lange auf die Abschottung verlassen und die eigenen Unterbringungsmöglichkeiten reduziert hat. Rassistischen Ressentiments muss begegnet werden – durch Überzeugung, Reden und vor allem durch die persönliche Begegnung. In unserer Nachbarschaft in Berlin-Charlottenburg durften wir gerade erleben, wie trotz anfänglicher Befürchtungen und Protesten ein starkes Netzwerk von nachbarschaftlicher Unterstützung entstanden ist. Solche Netzwerke brauchen klare politische Unterstützung. Mit angeblich „alarmierewnden“ Zahlen zu drohen, wenn nur ein Bruchteil derer, die weltweit auf der Flucht sind, bei uns Schutz suchen, nützt niemandem.

Quelle: http://www.jesuiten-fluechtlings-dienst.de 12-2013 ■

Wohnheimbetreiber versucht Berliner Flüchtlingsrat mundtot zu machen

Im Anschluss an eine flüchtlingspolitische Fachtagung des Bildungswerks Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung im November 2013 mit dem Thema „Welcome to Berlin!“ ließ die Wohnheimbetreiberfirma Gierso Boardinghouse GmbH Berlin(1) dem Flüchtlingsrat Berlin per Rechtsanwältin Unterlassungs- und Verpflichtungserklärungen zustellen. Die Gierso versucht damit, Kritik an den von ihr betriebenen Unterkünften zu unterbinden.

Die Anwältin verlangt, dass der Flüchtlingsrat und seine Mitglieder sich per Unterlassungserklärung gegenüber der Gierso vertraglich dazu verpflichten, angebliche Behauptungen über Mängel bei Personal, Ausstattung und Organisation der Gierso-Unterkünfte nicht mehr zu äußern.(2) Sie bezieht sich dabei auf Diskussionen während der Tagung des Bildungswerks mit dort teilnehmenden Gierso-Mitarbeiterinnen sowie auf eine Email des Flüchtlingsrates an den Auftraggeber für die Sammelunterkünfte, das Landesamt für Gesundheit und Soziales LAGeSo Berlin.

„Wir wundern uns sehr über dieses aus unserer Sicht völlig abwegige Vorgehen der Gierso. Fachtagungen dienen üblicherweise dazu, Meinungen auszutauschen und unterschiedliche Standpunkte zu diskutieren. Statt sich dem öffentlichen politischen Diskurs auf unserer Tagung zu stellen, unternimmt die Gierso den Versuch, den Flüchtlingsrat im Nachhinein mit fragwürdigen Mitteln mundtot zu machen“, so Heidi Bischoff-Pflanz vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der Flüchtlingsrat Berlin sieht es als seine originäre politische Aufgabe an, die in Not- und Sammelunterkünfte eingewiesenen Flüchtlinge dabei zu unterstützen, vorhandene Mängel an das LAGeSo zu melden und diese ggf. auch öffentlich zu machen. Dies ist umso wichtiger angesichts bislang durchweg fehlender Kontrollen von Personaleinsatz und Ausstattung in den Unterkünften durch das LAGeSo Berlin und eines völlig fehlenden Beschwerdemanagements.

Fortsetzung Seite 14 unten

Hinterland #24: Sprache erschienen!

inklusive Fim DVD
Leben verboten
ein Film von Mathias Fiedler und Astrid Nave über die Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland *(88 Seiten, 4,50 €)*

außerdem im Heft

Impressionen aus Kairo und dem Libanon
Die Situation für Flüchtlinge in Bulgarien

Mit Beiträgen von: Hubert Heinhold, Alena Thiem, Matthias Weinzierl, Lisa Doppler, Friederike Vorwergk, Tunay Önder, Andrea Böttcher, Annika Bottanni, Bernd Schmidt, Birgit zur Nieden, Tobias Klaus, Tom Reiss, Farida heuck-Yoo, Juliane Kanitz, Phil Zéro, Eva Baghl, Manuela Sessler, Agnes Andrae, Nikolai Schreiter, Matthias Fiedler

Schwerpunkt der Winterausgabe ist „Sprache". Es wurde auch wirklich Zeit, dass wir uns diesem großen Thema mal annehmen. Denn begegnen uns nicht alltäglich in Medien, Politik und vor der Haustür Aussagen, die Sprache als „den Schlüssel" zur „Integration" (> siehe Glossar nerviger Begriffe) begreifen? Ohne die Beherrschung der hiesigen Hochsprache scheint da nicht viel zu gehen, und so ist Sprache nahezu zum Gradmesser der leidigen Debatte geworden. Vehement wird sie eingefordert von allen, die hier länger leben wollen. Und wehe, es zeigt sich nicht genug Bemühen; dann wird die Sprache schnell zum Beweis für fortdauernde „Integrationsunwilligkeit" (> Glossar).

Dabei ist es leider keinesfalls so, wie gerne suggeriert, dass, wer die Sprache beherrscht, automatisch mitreden kann. Also, lassen wir uns nicht lumpen: Sprache ist zweifelsohne wichtig, denn sie dient der täglichen Verständigung. Aber eine Sprache zu lernen, lohnt sich vor allem dann, wenn sich damit Austausch und Perspektiven verbinden. Daran könnte die Politik noch arbeiten. Und eigentlich leben wir doch schon längst in einer mehrsprachigen Gesellschaft, oder?

In diesem Heft findet ihr nicht nur Beiträge zu Sprachkursen, Nationalsprache oder Sprachmauern, sondern auch zu gendergerechter Sprache, bilingualen Beziehungen und zur Sprache der Architektur sowie ein umfangreiches Glossar zu den wirklich doofsten Begriffen der deutschen Asylbürokratie (> und schon wieder einer!).

Weil das Thema Körpersprache leider ein bisschen kurz kommt, haben wir noch ein paar Fotos gemacht und einen Film beigelegt. Zur Sprache gäbe es natürlich viel mehr zu sagen – vielleicht irgendwann bei „Sprache 2"?

Also, schnappt euch Plätzchen und Heißgetränke und



Hinterland #24
Dezember 2013

habt viel Spaß mit der neuen Hinterland-Ausgabe!

Eure Redaktion

PS: Die nächste Ausgabe zum Thema Asylpolitik bringen wir zusammen mit der geschätzten iz3w heraus.
Wir freuen uns schon!
Bestellen und vorschmökern! unter www.hinterland-magazin.de ■

Online-Atlas „Verbrannte Orte" im Netz

Auf http://verbrannte-orte.de findet ihr die Beta-Version des Onlineatlas.

9 Monate nach dem erfolgreichen Crowdfunding ist der Onlineatlas zu den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen jetzt online. Als Beta-Version steht er seit heute Morgen der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Beta-Version heißt: Er ist noch nicht fertig. Zum einen sind erst 9 Plätze fotografiert zum anderen soll der Atlas unter Beteiligung Vieler auch mit historischen Dokumente und Hintergrundinformationen gefüllt werden.
Außerdem heißt Beta-Version, dass noch Fehler enthalten sein können, sowie einige Funktionen noch nicht umgesetzt sind.

Den Orten der Bücherverbrennung ein fotografisches Gesicht geben, so beschrieb ich in einem Interview das Projekt „Verbrannte Orte". Ein fotografisches Gesicht haben jetzt, mit der heutigen Veröffentlichung, die ersten 7 Orte gekriegt: Pirna, Dresden, Neubrandenburg, Neustrelitz, Rostock, Greifswald und Schwerin sind mit Panoramen und Hintergrundinformationen im Onlineatlas vertreten.

Über 80 Plätze fehlen noch und sollen in den kommenden Monaten folgen. Hierfür sind wir auf Unterstützung angewiesen. zuallererst brauchen wir Geld um die Restlichen Orte fotografieren zu können. Aber auch Hilfe bei den Texten, Infos zu den einzelnen Orten sowie das zur Verfügung stellen von historischen Dokumente ist eine wichtige Möglichkeit der Unterstützung.



Ach ja: Weil der Atlas noch im Betastadium ist, aber auch generell, freuen wir uns sehr über Feedback.

Jan Schenck Photographie
http://www.picturex.net

„Seit seiner Gründung vor über 30 Jahren thematisiert der Flüchtlingsrat Mängel in Berliner Sammelunterkünften in der Öffentlichkeit. Davon lassen wir uns auch durch Einschüchterungs-versuche seitens eines privaten Heimbetreibers nicht abbringen", sagt Martina Mauer vom Flüchtlingsrat Berlin. „Vielmehr erwarten wir von den Heimbetreibern eine Zusammenarbeit im Interesse der untergebrachten Flüchtlinge, was die Fähigkeit zum Umgang mit Kritik einschließt."

Der Flüchtlingsrat wird sich deshalb den Abmahnungen der Gierso-Anwältin nicht unterwerfen, auch wenn damit ein hohes Kostenrisiko verbunden ist.

Wir fordern stattdessen:

• Einhaltung der Mindeststandards für den Betrieb von Sammelunterkünften durch die Betreiber

• Transparenz über die mit dem LAGeSo getroffenen Verträge und Absprachen

• Regelmäßige anlassunabhängige Kontrollen von Ausstattung und Personaleinsatz in den Unterkünften durch das LAGeSo

• Einrichtung eines effektiven Beschwerdemanagements in den Unterkünften und beim LAGeSO

• Zugang für ehrenamtliche Initiativen zu den Unterkünften

Gemeinsame Pressemitteilung von Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Flüchtlingsrat Berlin e.V., Initiative Neue Nachbarschaft Moabit, Initiative Moabit hilft, Initiative Willkommen im Westend, Multitude e.V.

http://www.fluechtlingsrat-berlin.de
18.12.2013 ■

Dass niemand sage, er hätte nichts gewusst

Wie oft mussten wir den Satz „Das haben wir nicht gewusst" schon hören? Im Nachkriegsdeutschland will kaum jemand die KZs und Wehrmachtsgräuel gekannt haben. Der Oktoberfestmörder war natürlich ein Einzeltäter und Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda waren auch keine Zeichen der Fremdenfeindlichkeit. So gut wie alle Politiker vom „Alten" über „Schmidt Schnauze" bis „Angie" waren sich der Gefahr von Rechts bewusst und haben sie genutzt, gebraucht und doch geleugnet.

Andrea Röpke und Andreas Speit (und ihre drei Mit-Autoren Andreas Förster, Julia Jüttner und Anton Maegerle) weisen in ihrem Buch „Blut und Ehre – Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland" auf, dass Uwe Böhnhard, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe keine Einzeltäter waren, sondern durchaus ein großes Unterstützernetzwerk gehabt haben. Der Unterschied zu anderen Büchern zum Thema NSU („Nationalsozialistischer Untergrund") ist, dass die beiden Autoren nicht Ende der 1990er beginnen, sondern 1945.

So entstand Nazi-Deutschland ja auch nicht erst 1933 – der Beginn liegt bereits vor '14. Einer der „Vorläufer" der NSU war der Technische Dienst (TD) des Bund Deutscher Jugend (BDJ – 1953 verboten). Zusammen mit Gladio – einer paramilitärischen Geheimorganisation von NATO, CIA und MI6 während des Kalten Krieges – baute der TD Waffenlager in der BRD auf (z.B. in Bremen-Huchting). Eines der Ziele war die Liquidierung „unzuverlässiger" Sozialdemokraten (z.B. Wilhelm Kaisen).

Nach dem Verbot wurden alle Informationen über Personen und Aktionen vom CIC (Counter Intelligence Corps [Spionageabwehr]) eingesammelt und verschlossen. Der Adenauer-Regierung war das alles bekannt und sie schwieg selbstredend. Wie sehr gewaltbereites rechtes Denken in Gesellschaft und Politik verwurzelt ist, zeigt die Tatsache, dass seit 1990 über 180 Menschen durch rechte Gewalttäter getötet wurden, die Bundesregierung jedoch nur gut 60 von ihnen als „Morde von Rechts" anerkennt. Also warum waren so viele Politiker erschüttert von den NSU-Morden? Gehen doch (rein statistisch) zwei Angriffe pro Tag in Deutschland auf das Konto von Neo-Nazis.

So wurde der Anfang der NSU-Mordserie als „Döner-Mord" tituliert. Wie schön verharmlosend! Folglich müssten die Täter aus dem Familienumkreis kommen. Wie mögen sich Angehörige fühlen, wenn sie als potentieller Täter bzw. Täterin gelten? Sand in die Augen – gestreut von Polizei und Verfassungsschutz. Alle Indizien, die nach rechts wiesen, wurden negiert. Auch das ist nichts Neues: Dass Gundolf Köhler zur neonazistischen und paramilitärischen Wehrsportgruppe Hoffmann Verbindungen hatte, war auch bekannt und wurde – richtig – negiert. Unsere Behörden und Politiker sind auf dem rechten Auge blind – vielleicht nicht ganz, denn sonst würde man ja nicht die schützende Hand über die „Rechten" halten. Sie werden ja womöglich noch gebraucht. Das Buch zeigt aber auch die anderen Begleitumstände auf. Seien es Szene-Treffs (z.B. aus Bremer Sicht: Sportsfreund, Bells, Klause 38) oder Nazi-Bands und -Label (auf Bremen bezogen wird die Band Endstufe von Jens Brandt erwähnt, weitere sind z.B.: Endlöser [früher Schlachtruf], Kategorie C, Patriotic Bois und bei den Label: Hanse-Records, Heimdall-Shop, sieg-oderspielabbruch. de). Auch werden Verbindungen ins Rockermilieu beleuchtet.



Das Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit „Blut und Ehre– Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland", erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin, hat 288 Seiten und kostet 19,90 EUR (ISBN978-3-86153-707-6). Es ist vielleicht eher ein Nachschlagewerk denn ein Lesebuch für den Feierabend. Dafür verfügt es über ein gut geführtes Sach-, Orts- und Personenregister.

Courtney B. Vance

Aus „Bremer Antifaschist, Zeitung der VVN Bremen

Lest, schreibt und abonniert die Lokalberichte!

Die Lokalberichte HH sind seit fast 25 Jahren ein Mitteilungs- und Diskussionsblatt der Linken.

So gibt es neben den Lokalberichten Hamburg auch in anderen Städten lokale Infos, wie die Münchener Lokalberichte, das Frankfurter Info oder die Lokalberichte Köln. (…)

Der Grundgedanke der Lokalberichte Hamburg ist, dass es die Leser_innen sind, die das 14 tägig erscheinende Lokalinfo mit Inhalt füllen.

Ob Aufruf, Demobericht oder Theoriepapier, die Lokalberichte Hamburg stehen euch zur Publikation offen.

So stellen die Lokalberichte Hamburg strittigen Positionen gern eine Gegenposition gegenüber, soweit sich diese mit den Grundsätzen fortschrittlicher Politik vereinbaren lassen. Und bieten damit Raum für Diskussionsmöglichkeiten zwischen verschiedenen linken Strömungen. Die Lokalberichte Hamburg legen Wert auf eine links-pluralistische Zusammenstellung von Artikeln. Die Bandbreite reicht dabei von antifaschistischen, queer-feministischen, umweltpolitischen und antirassistischen Artikel bis zu Artikeln über Repression, Überwachung und Knast & Justiz, um nur einige unserer Rubriken zu nennen unter denen wir Eure Artikel publizieren.

Dabei bleibt das Motto der Lokalberichte Hamburg seinen Grundsätzen treu:

- **Antifaschistisch**
- **Antiimperialistisch**
- **Antikapitalistisch**

Da sich die Lokalberichte Hamburg durch Abonnements finanzieren, lautet also die erste Pflicht der_s Revolutionärin_s: Abonniere die Lokalberichte!

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Souveränität oder Chauvinismus?

„Kommt die Euro-Rechte?“ – mit dieser Frage, in der bereits eine gehörige Portion Skepsis mitschwingt, überschreibt FALK TIEDEMANN seinen Beitrag in der Januarausgabe von ZUERST!, in dem er sich mit den Versuchen auseinandersetzt, für die kommendenWahlen zum Europaparlament eine einigermaßen geeinte rechte Bewegung ins Leben zu rufen. Zu diesem Zweck hatte zum einen im November ein stark beachtetes Treffen zwischen Marine Le Pen (Front National) und Geert Wilders (Partij voor de Vrijheid, Niederlande) stattgefunden, zum anderen nur zwei Tage danach eine Tagung in Wien, bei der auf Einladung der FPÖ sechs rechte Parteien anwesend waren. Die deutsche Rechte war offenbar nicht vertreten: Die AfD lehnt eine Zusammenarbeit mit „Rechtsextremisten“ (Bernd Lucke) ab, die NPD steht zumindest für Le Pen und Wilders „nicht auf der Liste der Gesprächspartner“.

Neben den diversen politischen und persönlichen Aversionen und den partiell unterschiedlichen Orientierungen (für die einen, beispielsweise die Antisemiten der ungarischen JOBBIK ist Israel ein, wenn nicht der Hauptgegner, andere, wie beispielsweise Wilders und Le Pen, konzentrieren ihre Feindschaft auf muslimische Einwanderer und rechtfertigen Israels Regierungspolitik), gibt es einen Hauptgrund, warum ein auch nur wahlpolitisches Zusammengehen schwierig wird: Die meisten der Parteien, die für eine Beteiligung an einer europäischen Rechten in Frage kommen, vertreten in erster Linie nationalistische Positionen und lehnen die EU aus diesem Grund ab. Diese Positionen widersprechen sich aber in vielen Fällen bzw. schließen sich aus.

„Deutsche Interessen“ sind auch das Titelthema der ersten Ausgabe von ZUERST! im neuen Jahr. Das Titelbild zeigt einen Motivwagen des Düsseldorfer Rosenmontagszuges: Eine Pappmaché-Bundeskanzlerin, selig lächelnd und mit beiden Händen US-amerikanischen Fähnchen schwenkend, steckt von den Füßen bis auf Höhe des Bauchnabels tief in einem amerikanischen Gesäß. „Glückliche Vasallen – Der schöne Schein der Souveränität“ – in der Tat eine passende Illustration des Verhältnisses zwischen den beiden „befreundeten“ Mächten. „Glückliche Vasallen“ betiteln auch ROBERT DIEHL, MARKUS SCHWERDTFEGER und STEVE LEROD ihre Titelgeschichte, deren Hauptthese bereits im Untertitel benannt wird: „Der US-Spionageskandal hat gezeigt, wie weit die Bundesrepublik Deutschland davon entfernt ist, ein souveränes Land zu sein“. Wenn es um „deutsche“ Interessen geht, springen in der Wolle gefärbte Rechte sogar über ihren eigenen antikommunistischen Schatten und loben den Fraktionsvorsitzenden der „Linken“ im Bundestag, Gregor Gysi für seinen Debattenbeitrag: „Der Linken-Bundestagsabgeordnete fand die passenden Worte zur Beschreibung des (*NSA – der Verf.*) Skandals und prangerte den Umgang des Kabinetts mit den Vorgängen ohne falsche Rücksichtnahme an. Die Standard-Einwände der Regierung – Freundschaft und ‚Wertegemeinschaft‘ – parierte er mit einer klaren Ansage: ‚Mit Duckmäusertum und Hasenfüßigkeit erreicht man keine Freundschaft.‘“

Um Freundschaft aber geht es den Autoren auch gar nicht, es „läuft letztlich alles immer wieder auf die Frage nach der Souveränität hinaus… Die Tatsache, daß man nicht Herr im eigenen Haus ist, gilt längst als Normalität in Deutschland“. Als Beweise für ihre These nennen die Autoren eine ganze Reihe politischer Willfährigkeitserklärungen verschiedener Bundesregierungen gegenüber den USA: Das Verhalten bzw. Nichtverhalten im NSA-Abhörskandal, die geheimdienstliche und logistische Unterstützung des US-Überfalls auf den Irak, die Haltung im syrischen Bürgerkrieg, die Stationierung wichtigster US-Militärkommandostäbe in der Bundesrepublik. Sie fassen zusammen: „Es verfestigt sich vielmehr der Eindruck, daß die Einstellungen der unmittelbaren Nachkriegszeit – ‚Besatzermentalität‘ auf der einen Seite, Unterwürfigkeit auf der anderen – über alle weltpolitischen Brüche hinaus weiterhin Bestand haben“. Wie es der Stil von ZUERST! ist, werden für die politischen Thesen „unverdächtige“ Zeugen genannt. Peter Helmes, ein früherer mittlerer Funktionär der CDU (u.a. Bundesgeschäftsführer der Jungen Union) sagt im Interview: „Aber die sogenannte Nachkriegszeit endete eben nicht mit der Erlangung der vollen Souveränität für Deutschland 1990, sondern sie dauert noch immer an. Das sollte man wissen!“. Und Bundesfinanzminister Schäuble wird mit einem Satz aus dem Jahr 2011 zitiert: „Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen“.

Die Titelgeschichte nennt allerdings in erster Linie Symptome, im Interview („Ohne Rebellion keine Souveränität“) mit dem rechten russischen Ideologen Professor ALEXANDER DUGIN, der bereits häufiger in ZUERST! interviewt wurde, geht es um die wirklich wichtigen Fragen. Für Dugin ist die Bundesrepublik Deutschland ist kein freies Land: „Um es klar auszudrücken: Deutschland ist bis heute politisch, wirtschaftlich strategisch und auch intellektuell ein besetztes Land… Die einfache und nackte Tatsache, daß die Amerikaner nach 1990 nicht aus Deutschland abgezogen sind, zeigt, daß das Land ein besetztes Land ist… Die deutsche Wiedervereinigung war kein nationales, deutsches Ereignis, sondern nur eine Übereinkunft über den Austausch des Besatzungsregimes in einem Teil des Landes. 1989/90 gab es keine Befreiung und keine Souveränität für Deutschland, der angelsächsisch besetzte Teil wurde lediglich vergrößert“. Seiner Meinung nach muss es selbstbewusst werden, eine Führungsrolle in Europa übernehmen: „Deutschland geht es wirtschaftlich gut, im sozialen Bereich gibt es kaum ernsthafte Probleme, gleichzeitig befinden sich die anderen europäischen Staaten in teilweise sehr schwierigen Krisen. Deutschland ist der Motor Europas. Gerade in dieser Situation wird es immer klarer, daß die Anwesenheit der US-Amerikaner nicht nur überflüssig ist, sondern auch gegen die deutschen und europäischen Interessen gerichtet ist“. Und wenn Dugin Interessen sagt, dann meint er auch Interessen und nicht ein ideologisches Konstrukt wie „nationale Identität“, dass für ihn offenbar nur der Speck ist, mit dem man Mäuse fängt: „Es wird um die wirtschaftlichen und sozialen Interessengegensätze gehen. Und diese sind für die US-Präsenz gefährlicher als eine national-kulturelle oder identitäre deutsche Agenda… Es wird um absolut rationale, wirtschaftliche Interessengegensätze gehen“. Das lässt sich auch anders ausdrücken: Es geht Dugin und der ZUERST“-Redaktion um einen eigenständigen deutschen Imperialismus – und wohin der führte mussten die Völker Europas im vergangenen Jahrhundert bereits zweimal erleben – beide Male mit mörderischen Ergebnissen.

tri ■